

Nachmittags-Ausgabe.

Annahme-Bureaus:
In [illegible]
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 44.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Montag, 27. Januar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Programm
des neuen Ober-Präsidenten unserer Provinz.

An die Bewohner der Provinz Posen!

Nachdem mich Se. Majestät der König an die Spitze der Regierung dieser Provinz gestellt hat, halte ich es für meine Pflicht, indem ich jenen verantwortungsvollen Posten übernehme, die hauptsächlichsten Grundsätze, welche mich bei meiner Amtsführung leiten werden, offen und klar auszusprechen, einmal um alle Zweifel zu beseitigen, welche aus persönlichen oder sachlichen Gründen obwalten und das öffentliche Vertrauen niederdrücken könnten, und sodann, um alle diejenigen Kräfte, welche mit der Regierung in derselben Richtung streben, zur baldigen Mitwirkung anzueifern.

Die königliche Staatsregiernng ist zu dem Bewußtsein gekommen, daß die Verwaltung zu diesem Landestheile, dessen Bevölkerung durch nationale und religiöse Gegensätze vielfach gespalten ist, nicht immer in einem Geiste gehandhabt wurde, der geeignet gewesen wäre, die Gegensätze zu mildern und die Gegner auf neutralen Gebieten an ein erträgliches Zusammenwirken zu gewöhnen. Wir wissen es heut alle, daß die Nachgiebigkeit gegen geistliche oder nationale Prätensionen die dem deutschen Regiment feindlichen Elemente nicht versöhnt, sondern verstärkt hat. Wenn trotzdem das Deutschthum immer mehr gewachsen ist und sich eine unverlierbare Mark erobert hat, wo es durch die Zahl und die Kräfte seiner Bevölkernng ebenmächtig neben der anderen Nationalität steht, so wird man dies hauptsächlich der zähen unermüdlich vorwärtsstrebenden Kulturarbeit des deutschen Volkes verdanken, welche trotz der wandelbaren Verwaltungspraxis und trotz mancher Mißgriffe des Bureaukratismus instinktiv an dem Rechten fest hielt.

Die Regierung Seiner Majestät hat jetzt neue, bessere, weil klare und kraftvolle Wege eingeschlagen, um zu dem Ziele zu gelangen, das im Herzen selbst von Vielen unter denjenigen Elementen ersehnt wird, welche uns die Pfade dazu verlegen, zu dem Ziele, daß mehr als bisher Friede, Wohlstand und Gesittung in alle Schichten des Volkes dieser Provinz dringe.

Ich und meine Beamten werden mit allen Kräften bestrebt sein, unberechtigte Ansprüche abzuweisen, die friedliche Arbeit zu schützen und durch Förderung der Bildung sowie der Erwerbsfähigkeit die Bevölkerung unabhängig von denjenigen Gesellschaftskreisen werden zu lassen, welche ihren Einfluß und ihre Macht zu Agitationen und zum Terrorismus mißbrauchen, um das Volk für ihre ehrgeizigen und habsüchtigen Zwecke auszubeuten. Dies gilt vorzugsweise von der polnischen Bevölkerung, innerhalb deren materielle und geistige Förderung besonders Noth thut. Indem die Verwaltung auf jene Nationalität ein ganz besonderes Augenmerk richtet, ist sie sich bewußt, für die gesammte Bevölkerung zu sorgen. Denn hier, wo staatliche und kommunale, wirthschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen aller Gegenbestrebungen ungeachtet, unter den beiden verschiedenen Nationalitäten eine Solidarität der Interessen hergestellt haben, welche bei Weitem bedeutungsvoller ist als die nationale Gemeinschaft, muß auch das deutsche Volk darunter leiden, so lange Unbildung, Aberglaube, Unduldsamkeit, Unwirthschaftlichkeit, Unmäßigkeit in ganzen Volksschichten der polnischen Gesellschaft herrschen.

Besonders aber müssen wir, um das friedliche Nebeneinanderleben aller Parteien zu fördern, darauf bedacht sein, was an dem gegenwärtigen Geschlecht gefehlt worden ist, durch Erziehung einer neuen Generation zu sühnen, indem wir in dem Unterrichtswesen jenes engherzige System der konfessionellen Absonderung verlassen, welches die Regierung bis jetzt zu ihrem eigenen Nachtheil begünstigt hat.

Ich glaube bei diesen Bestrebungen auf die Unterstützung aller Einsichtigen, gleichviel welcher Nationalität und welcher Religion, rechnen zu können. Regierung und Volk müssen mit vereinten Kräften an der Erreichung des gemeinsamen Zieles arbeiten. Aber so viel ist der königlichen Staatsregierung klar geworden, daß sie von dem Volke nicht Opfer verlangen kann, zu welchen es durch seine geistigen und materiellen Kräfte noch nicht befähigt ist. Der Staat hat ein unleugbares Interesse daran, daß diese Provinz, welche heut noch in vieler Beziehung ein krankes Glied an dem staatlichen Organismus ist, den anderen Landestheilen an Gesundheit und Leistungsfähigkeit gleich werde, und deshalb muß der Staat mehr als bisher selbst eintreten, um Dies erreichen. Die anderen Provinzen werden sich über diese Opfer nicht beschweren können, denn ganz abgesehen davon, daß die Erfolge auf diesem Gebiet der gesammten Monarchie zu Gute kommen, hat auch diese Provinz bis jetzt nur sehr wenig fiskalische Unterstützung genossen, während in anderen Landestheilen der Staat schon längst öffentliche Anstalten für Unterricht und zum Verkehr unterhält, welche diese Provinz entbehren muß.

Anstatt zu erlauben, wie das früher leider geschehen ist, daß sog. Ueberschüsse aus dem Schulbaufonds und der Patronatskasse hiesiger Provinz als Ersparnisse in der Schulverwaltung an das kgl. Finanzministerium zu anderer Verwendung gesandt werden, beabsichtigt die kgl. Staatsregierung mit Genehmigung der Volksvertretung einige Millionen Thaler darauf zu verwenden, um die in der Provinz fehlenden 300 Volksschulen herzustellen und die Gehälter der Elementarlehrer durchweg zu verdoppeln, um tüchtige Bewerber für die vakanten Stellen heranzuziehen, um die leistungsfähigen Kräfte zu erhalten und mangelhafte durch bessere zu ersetzen.

Auch die Gehälter der unmittelbaren Staatsbeamten, welche hier tüchtiger und geschickter als in anderen Landestheilen sein sollen, werden durchweg bedeutend erhöht werden, und während bisher der Normal-Besoldungsetat in dieser Provinz leider noch nicht erreicht wird, ist eine bedeutende Ueberschreitung desselben in Aussicht genommen, um durch materielle Begünstigungen in unseren Verwaltungs-Distrikt die besten Beamten zu ziehen und hier heimisch zu machen.

Auch die Hebung der Verkehrsanstalten hat die königliche Staatsregierung in Aussicht genommen. Sie wird deshalb wie bei den Staatschausseen auch für den Bau von Eisenbahnen Prämien bewilligen, und hofft dadurch die Inangriffnahme längst ersehnter Bahnbauten anzuregen. Besonders wird die Regierung die Herstellung von Eisen-, Land- und Wasserstraßen begünstigen, welche die Verbindung aller Theile der Provinz mit der Provinzial-Hauptstadt zum Zweck haben. Und da die Regierung bestrebt sein muß, der Provinz einen deutschen Zentralpunkt zu schaffen, welcher auf das provinzielle Leben einen wohlthätigen Einfluß übt, so wird die Regierung Alles fördern, was der Entwickelung der Hauptstadt dient. Die Errichtnng einer Gewerbeschule und eines deutschen Theaters werden in größtmöglichstem Umfange die Staatshilfe bereit finden.

Die kgl. Regierung erkennt die Nothwendigkeit an, die Verkehrsthore der Hauptstadt zu vermehren und wird der Kommune nicht zumuthen, dafür, daß sie einen kleinen Theil ihrer Verkehrsfreiheit, welche ihr durch die Festungsanlagen genommen wurden, wieder zurück erhält, neue Opfer zu bringen.

Ueberhaupt soll aus der Verwaltung jener Zug ausgemerzt werden, welchen der Redakteur der Posener Zeitung die Politik der büreaukratischen Knauserei zu nennen pflegt.

Wenn wir an der Ausführung dieses Programms allseitig mit Eifer arbeiten, werden sich bald auf allen Gebieten des öffentlichen und wirthschaftlichen Lebes Fortschritte bemerkbar machen, ohne daß wir eine Hilfe durch Aenderung der Grenzpolitik unseres mächtigen Nachbarreiches zu erwarten brauchen.

Posen, den . . . . . 1873.

Der Oberpräsident
. . . . . .

In dem vorstehenden Programm ist nur das Datum und der Name noch ausfüllen. Indem wir es für den zu ernennenden Oberpräsidenten bereit halten, können wir die Versicherung beifügen, daß ein Verwaltungschef, welcher ein solches Programm in unsere Provinz mitbrächte, mit allgemeiner Begeisterung empfangen und eine Verehrung genießen würde, wie sie noch keinem Oberpräsidenten zu Theil geworden ist.

Fürst Bismarck.

Von einem Mitgliede der Fortschrittspartei wird uns geschrieben:

Σ Berlin, 26. Januar. Dem Fürsten Bismarck war offenbar die Gelegenheit sich einmal recht auszusprechen, wie sie ihm gestern Lasker bot, überaus willkommen. So viel und so lange wie gestern hat Bismarck wohl kaum jemals geredet. Das beweist allerdings wenig für die Einfachheit und innere Logik der von ihm vertretenen Sache. Wir hörten am Schlusse der Reden schlichte Abgeordnete zitiren: Mir wird von Alledem so dumm, als ginge mir ein Mühlrad im Kopfe herum. Pikant war die Situation noch besonders dadurch, daß Minister Eulenburg, den Blick auf den Tisch geheftet, zuweilen auch ganz absonderlich gähnend neben Bismarck saß. Den Zwiespalt im Ministerium gab Bismarck dadurch zu erkennen, daß er sein Gewicht in demselben von dem dauernden Vertrauen der „Mehrheit meiner Herren Kollegen" abhängig erklärte. Das Vertrauen, welches er zu Roon habe, daß er nicht die Weiterführung der Geschäfte um den Preis eines politischen Bruchs erkaufen werde, dieses Vertrauen, sagte er, habe ich „zu wenigen anderen Leuten". Hört! hört! Erscholl es links. Darauf sagte Bismarck: „Außerhalb des jetzigen Ministeriums". Große Heiterkeit, in welche besonders Eulenburg mit einstimmt. — Ueber den eigentlichen Kernpunkt, bei welchem die Meinungsverschiedenheiten im Ministerium hervortreten, eine Stellung zur Kreisordnung und zur Herrenhausreform, ließ sich Bismarck mit keiner Silbe aus. Leider vergaß es auch Virchow ihn nach dieser Richtung zu interpelliren. Freilich sagte Bismarck: „Ich habe mich innerhalb des Ministeriums bei den letzten durch Abstimmung zur Entscheidung gebrachten Fragen jederzeit, wie ich glaube, auf Seiten der Majorität befunden und es ist auch nicht der Grund, daß ich irgendwo überstimmt worden wäre, daß Beschlüsse, die mir zuwider wären, gefaßt wären, wenn auch vielleicht ich nicht Alles durchsetzen konnte, was ich wünschte, aber". Man wird sich dem gegenüber zu erinnern haben, daß der Wendepunkt in der Kreisordnungsfrage nicht durch Abstimmung oder Beschlüsse, sondern durch den selbstständigen Vortrag Eulenburgs im königlichen Kabinet — unmittelbar vor dem Empfange der Herrenhausdeputation herbeigeführt wurde — Bismurck betonte, daß er sich bemüht das bisherige Ministerium zusammenzuhalten mit Rücksicht auf die Abstimmungen im Landtage. Schwerlich dürfte aber Itzenplitz' oder Roon's Ausscheiden diese Abstimmungen verschlechtert haben. Man kann daher nur daran denken, daß Eulenburg's Ausscheiden, der durch das Zustandebringen der Kreisordnung Sympathien gewonnen hatte, oder daß gar Falk's Ausscheiden in Frage stand. Minister Selchow soll nach Bismarck's Aussage „aus Gesundheitsrücksichten" ausgeschieden sein. Wie stimmt aber damit Selchow's Toast bei dem neulichen Abschiedsessen? Selchow betonte darin doch, indem er die alte konservative Treue feierte, daß er nicht länger seiner Ueberzeugung habe Opfer bringen wollen.

Bismarck sagte: „Der richtige Ausdruck der jetzigen Sachlage wäre eigentlich der, daß man den Titel des Ministerpräsidenten, der nichts weiter bedeutet, ganz fallen ließe und lediglich nach dem Prinzip ginge, daß unter den gleichberechtigten acht Ministern jederzeit der älteste den Vorsitz führt." Nur dieser Sachlage entsprach bekanntlich die erste königliche Kabinetsordre vom 26. Dezember und ein dieselbe erläuternder Artikel der „Provinzialkorrespondenz." Dieser ersten Kabinetsordre ist aber nach 6 Tagen eine andere gefolgt, welche Roon förmlich zum Ministerpräsidenten erhob, worauf die „Provinzialkorrespondenz" durch den „Staatsanzeiger" dementirt wurde. Daß damit auch Bismarcks Auffassung vom „richtigen Ausdruck der Sachlage" dementirt worden ist, wird jetzt Niemand leugnen können. — Bismarck unternahm es gestern wohl Delbrück's, nicht aber Kameke's Stellung im preußischen Staatsministerium zu vertheidigen. Für letztere führt er nur den Grund an, „daß Jemand außerhalb der Geschäfte des Ministerpräsidiums ein so umfangreiches Ressort nicht bewältigen kann." Der russische Charakter dieser Adlatus-Stellung ist damit nicht widerlegt. Es ist bekannt, daß Bismarck Roons Stellung in der Reichsverwaltung nicht behagte. Roon ist eben wirklicher Minister, nicht ein „ministermäßig gestellter Beamter" wie Bismarck sie haben will. Dieser Ausdruck charakterisirt am Besten, wie wenig das Ideal Bismarcks von einem einheitlichen Ministerium den englischen Auffassungen entspricht. — Es fehlte auch gestern nicht an den kleinen Blumensträuschen, wie Bismarck sie in logischen Pausen der Rede zu vertheilen pflegt. Nach links warf er das Bouquet von dem nothwendigen parlamentarischen Vertrauen, die Partikularisten erhielten Redeblumen von der nothwendigen Herausschiebung des Reichskanzlers aus preußischen Vegetationen und von der Möglichkeit, einen Baier zum Reichskanzler zu machen, der Rechten gegenüber betonte er den nothwendigen gouvernementalen königlichen Charakter eines preußischen Ministeriums und die Einheit zwischen dem Reich und Preußen durch die Krone. Die häufig wiederkehrende Betonung der Stellung der Krone machte den Eindruck, als ob es Bismarck nebenbei auch darauf ankomme, eine gewisse Eifersucht in Hofkreisen zu zerstreuen. Wie wenig Ernst es Bismarck mit der Loslösung der Reichskanzlers aus dem preußischen Ministerium ist, bekräftigt die Stelle, worin er ausführt, der Reichskanzler sei doch immer der „Hauptvertrauensmann" der Krone. Das preußische Ministerium habe alle Veranlassung zuzusehen, daß es „nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler verliere." — War die kollegialische Verfassung des preußischeu Ministeriums noch nicht aufzuheben, so ist sie doch in dem Maße abgeschwächt worden, als die Stelle des Ministerpräsidenten durch Abzweigung des Reichskanzlers von derselben heruntergedrückt ist. Darin gipfelt der Totaleindruck von Bismarcks theoretischen Auseinandersetzungen.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar.

— Wie das „Deutsche Wochenbl." meldet, ist der Kommission des Abgeordnetenhauses, welcher der Entwurf über die Eisenbahn-Kommissariate überwiesen ist, regierungsseitig eine Mittheilung dahin zugegangen, daß man sich im Reichskanzleramte ernstlich mit einer im Reiche vorzunehmenden anderweiten Organisation des Eisenbahnwesens beschäftige. Diese Mittheilung hat dazu geführt, daß die Kommission ihre Vorberathung unterbrochen hat. Wie das genannte Blatt vernimmt, ist bei mehreren Mitgliedern der Kommission der Gedanke maßgebend, auf jenes Gesetz erst nach Erledigung der Eisenbahn-Anleihe, und nur dann zurückzukommen, wenn jene Aussicht auf umfassende Regelung der Materie im Wege der Reichsgesetzgebung sich wiederum verflüchtigen sollte.

— Ein Artikel der „Militairischen Blätter" läßt durchblicken, daß die vielgerühmte Harmonie zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Roon in militairischen Kreisen auf eigenartige Weise kritisirt wird. Es heißt in demselben:

Die Kontrasignatur des Reichskanzlers (in militairischen Angelegenheiten), der trotz seines Generalpatents und mancher angeborenen, soldatischen Eigenschaft doch immerhin thatsächlich nur Civilist ist, halten wir für recht eigenthümlich und an brittische Zustände erinnernd, jedenfalls aber für den Geschäftsgang nicht für förderlich. Das Institut des Reichskanzleramtes halten wir in Bezug auf die Armee überhaupt für bedenklich und für um so bedenklicher, je mehr wir von der Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichskanzlers absehen. Es wird durch dieses Institut . . . . die Armee in einen Kontakt mit politischen Körperschaften gebracht, welcher den specifisch militairischen Geist und das traditionelle Verhältniß der Armee zu ihrem Kriegsherrn langsam, aber sicher untergraben muß!"

— Die bereits erwähnte Vorstellung, welche der hiesige Magistrat am 10. d. M. in seiner Eigenschaft als Patronatsbehörde gegen die Amtssuspension des Predigers Dr. Sydow an den Oberkirchenrath gerichtet hat, lautet wörtlich wie folgt:

Dem hochwürdigen evangelischen Oberkirchenrathe ist es ohne Zweifel bereits amtlich bekannt, daß am 2. d. M. über den Dr. Sydow, ersten Prediger an der Neuen Kirche, von dem königlichen Konsistorium unserer Provinz in Folge des Absetzungsurtheils vom 2. v. Mts. und Jahres die Amtssuspension verhängt und die Wahrnehmung der bisher von ihm besorgten Amtsgeschäfte den beiden andern Predigern Dr. Lisco und Remy übertragen ist. Als Patron jener Kirche halten wir uns für verpflichtet, es offen und unverhohlen auszusprechen, daß wir das Vorgehen des königlichen Konsistoriums gegen einen unserer ältesten und verdientesten Geistlichen, dem erst vor Kurzem, am 1. März v. J. bei Gelegenheit seines Amts-Jubiläums von allen Seiten aus seiner Gemeinde und von uns in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung die herzlichste Theilnahme und hochachtungsvollste Anerkennung für seine lange und erfolgreiche Wirksamkeit ausgesprochen worden ist auf das Aeußerste bedauern. Hoffen wir auch zuversichtlich, daß das Urtheil des königl. Konsistorii, dessen Gründe uns zu einem nicht kleinen Theil durch kirchenpolitische und theologische Gegnerschaft gefärbt und verschärft zu sein scheinen, in der höheren Instanz reformirt werden wird, so müssen wir uns doch vorher an den hochwürdigen evangelischen Ober-Kirchenrath wenden, um womöglich von der Gemeinde eine Schädigung abzuwenden, die ihr durch die vorläufige Amtssuspension des Predigers Sydow zugefügt wird. Die beiden anderen Geistlichen werden, dessen sind wir sicher, die Geschäfte ihres Amtsgenossen mit Sorgfalt und Treue in seinem Geist und Sinn wahrnehmen; aber die innigen Beziehungen, die sich zwischen dem Seelsorger und vielen Familien der Gemeinde in einer langen Reihe von Jahren von Geschlecht zu Geschlecht gebildet haben, werden durch die Suspension zerrissen und lassen sich durch keine andere Persönlichkeit, auch die tüchtigste und begabteste nicht, sogleich wieder anknüpfen, die Unterweisung zahlreicher Konfirmanden wird plötzlich ab-

gebrochen und dadurch die Ertheilung des Unterrichts und die Einsegnung selbst in hohem Grade beeinträchtigt. Nur die zwingende Nothwendigkeit könnte ein so rücksichtsloses Eingreifen in diese Verhältnisse rechtfertigen. Eine solche liegt aber nicht vor. Das königliche Konsistorium hat nicht zu erweisen vermocht, sondern nur vermuthet, daß der Prediger Sydow die Irrlehren, deren er beschuldigt wird, auf seine Amtsthätigkeit habe einwirken lassen; die Bezugnahme auf § 73 Th. II. Tit. 11 des A. L. R. ist deshalb in den Urtheilsgründen aufgegeben, es kann also auch nicht angenommen werden, daß in dieser Hinsicht jetzt während der wenigen Monate, die noch bis zur Urtheilssprechung der zweiten Instanz vergehen werden, eine Verschlimmerung eintreten könne, und daß in diesem Verzuge eine Gefahr liege, die bisher während der vieljährigen Amtsführung des Angeschuldiaten, nicht hervorgetreten ist. Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 12. April 1822, welche noch jetzt für das Diszipinarverfahren gegen Geistliche maßgebend ist, hat über die Amtssuspension nichts angeordnet, und § 532 a. a. O. des A.-L.-R., der von groben Exzessen im Amte handelt, trifft hier gewiß nicht zu, wenngleich sich das königl. Konsistorium auf ihn bezieht. Im Interesse der benachtheiligten Gemeinde beantragen wir, es wolle dem hochwürdigen Evangelischen Ober-Kirchenrath gefallen, die von dem königlichen Konsistorium über den Prediger Dr. Sydow verhängte Amtssuspension aufzuheben. Magistrat hiesiger königlicher Haupt- und Residenzstadt. Hobrecht.

— Der katholische Klerus von Berlin und der Mark Brandenburg hat ebenfalls eine Adresse an den Fürstbischof von Breslau gerichtet. Wie die „Germania" mittheilt, hat die betreffende vom 23. d. M. datirte Kundgebung der sich auch der Redakteur der „Germania", Hr. Majunke, als Mitglied der Geistlichkeit des berliner Archipresbyterats angeschlossen hat, folgenden Wortlaut:

Gegenüber den von Tag zu Tag klarer hervortretenden Bestrebungen, den Klerus von seinem Bischof zu trennen, erachten wir es als eine heilige Pflicht, Euer fürstbischöflichen Gnaden die ehrfurchtvollste Erklärung auszusprechen, daß wir das am Tage unserer Priesterweihe freiwillig und feierlich abgelegte Gelöbniß mit Gottes Hilfe immer und überall in unverbrüchlicher Treue zu bewahren entschlossen sind.

Die Adresse der Erzpriester, Pfarrer und Kapläne von Potsdam, Brandenburg, Spandau, Bernau, Luckenwalde, und Nauen lautet:

Den Bestrebungen gegenüber, die verfassungemäße Selbstständigkeit der Kirche zu vernichten und das Band des heiligen Gehorsams in der kirchlichen Hierarchie zu zerreißen, erneuern wir unterzeichnete Priester des Potsdamer Archipresbyterates das heilige Gelöbniß des ehrerbietigen Gehorsams, das wir am Tage unserer Priesterweihe in die Hand unseres hochwürdigsten nnd hochverehrten Herrn Fürstbischofs abgelegt haben:

„Promittimus Tibi et successoribus Tuis reverentiam et obedientiam."

— Aus den am 1. Januar d. J. fällig gewesenen Zinsen der bei Gelegenheit der Allerhöchsten 50jährigen Dienstjubelfeier Sr. M. des Königs gegründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des eisernen Kreuzes rc. vom Feldwebel abwärts ist 32 Invaliden durch Vermittelung der k. General-Kommandos ein Geldgeschenk von 20 Thlrn. übermittelt worden, aus der Provinz Posen befinden sich darunter: Johann Wilhelm Hübner aus Posen, Joseph Stanislaus Lisiecki aus Wydzieczewiece, Georg Makowiak aus Czerleino, Kreis Schroda.

Hannover, 23. Januar. Unsere Konsistorien arbeiten im Schweiße ihres Angesichts, um uns vor Ansteckung durch Ketzerei zu bewahren. Das in Aurich hat den Rektor Gittermann in Esens, der vor Kurzem einem Verhör in Sachen des Glaubens unterworfen war, zur Dienstentsetzung verurtheilt. Der Glaubenseifer der Priester ermuntert die Frommen im Lande zu weiteren Denunziationen. So haben in Uelzen mehrere Mitglieder des Kirchenvorstandes gegen den vom Magistrat zum Prediger erwählten Rektor Nordmeyer aus Obernkirchen Protest erhoben, weil dieser in seiner Predigt die Wunder geleugnet hat. Herr Nordmeyer hat das Konzept seiner Predigt dem Konsistorium in Hannover einsenden müssen, welches darüber entscheiden wird, ob ein Pastor „des Glaubens liebstes Kind" verleugnen darf oder nicht.

Attendorn, 25. Januar. [Altkatholisches.] Am 20. d. M. wurde hier der Gymnasiallehrer Raufus, welcher Altkatholik war, begraben. Herr Dr. Tangermann aus Köln geleitete die Leiche zu Grabe, die ehemaligen Schüler des Verstorbenen trugen den Sarg. Aus dem Volkshaufen wurde gepfiffen und Hurrah gerufen. Nur die anwesenden 4 Gensdarmen und die den Leichenzug begleitende gesammte Stammmannschaft hielten die Volkshaufen von weiteren Thätlichkeiten ab. Es war ein stiller, feierlicher Leichenzug, von der Gymnasiastenfahne begleitet mit einem der Lehrer des Progymnasiums an der Spitze. Die Gymnasiasten begleiteten den Zug mit Gesang und war die Betheiligung eine zahlreiche. Die Kirchhofthüre mußte durch einen Schlosser erbrochen werden. Dr. Tangermann hielt die Leichenrede in so ergreifender Weise, daß selbst die anfänglich insultirende Menge an dem Gebete Theil nahm und die Häupter entblößte. Zwei hiesige Bürger sollen als Störer einer kirchlichen Feier zur Untersuchung gezogen sein. (Ess. Ztg.)

Stuttgart, 24. Jan. Die bereits telegraphisch gemeldete Erklärung des Justizministers v. Mittnacht auf die Interpellation des Abg. Oesterlen hat im Wesentlichen folgenden Inhalt:

Die Ministerkonferenz in Berlin, welche zunächst nur die Anlage im Ganzen und die größeren Fragen des Gerichtsorganisationsgesetzes behandelte, habe zu Ergebnissen geführt, welche seither von einem preußischen Justizbeamten in die Form eines Gesetzentwurfs gebracht worden; diese Arbeit werde demnächst von Kommissarien der betheiligten Regierungen, Preußen, Baiern, Würtemberg, Sachsen und Baden berathen. Sodann wird die Ministerkonferenz wieder zusammentreten, um die Vorlage an den Bundesrath festzustellen. Die bisherigen Besprechungen waren vorläufige, vertrauliche; die Minister haben sich persönlich, nicht Namens der Regierungen ausgesprochen. Letztere werden erst später schlüssig werden, weshalb über das Verhalten und die Entschließung der würtembergischen Regierung derzeit eine Mittheilung nicht gemacht werden kann.

Neben dieser schriftlichen Erklärung entwickelte der Justizminister seine persönliche Anschauung eingehender in mündlichem Vortrage.

Er begann mit der Geschichte der Anträge beim Reichstage, welche die Ausdehnung der Reichsgesetzgebung auf das gesammte bürgerliche Recht betreffen und erwähnte seiner Erklärung in der Sitzung des Bundesraths vom 9. April 1872 und in der Sitzung des Reichstages vom 29. Mai. Würtembergs Regierung werde angemessenen Erstrekkungen der Reichskompetenz im einzelnen Fall nicht entgegentreten, insbesondere aber der Abfassung eines bürgerlichen Gesetzbuches lebhaftes Interesse und möglichste Förderung zuwenden. Zu wünschen sei, daß den Einzelstaaten schon bei Aufstellung der Entwürfe die Mitwirkung eingeräumt werde. Auch heute halte er die Schaffung eines gemeinsamen Zivilrechts durch die Organe der Reichsgewalt für ein zu erstrebendes Gut, daneben für etwas, dem man sich nicht entziehen kann. Er verstehe aber die Aufgabe nicht dahin, daß die Gesetzgebung durch ein Machtgebot überall eine Uniformität herzustellen hatte, sondern den eigenartigen berechtigten Rechtsbildungen sei Raum zu lassen. Eine Erwägung, ob sich für diesen Gedanken eine Verfassungsformel finden ließe, habe die Unausführbarkeit dieses Auswegs ergeben, man müsse deshalb anderswo die erforderliche Beruhigung in dieser Hinsicht suchen. Mittnacht empfiehlt für das zu erstrebende Ziel ein bürgerliches Gesetzbuch, nicht blos die Einreihung einer Kompetenzbeschränkung, nicht eine unbestimmte Zahl von Spezialgesetzen, eingegeben vom augenblicklichen wirklichen oder vermeintlichen Bedürfniß, beeinflußt vielleicht von den jeweiligen politischen Zeitströmungen. Das Resultat des letzteren Weges würde den Einzelstaaten die Perspektive empfindlicher Störungen des Zusammenhangs ihrer Gesetzgebung eröffnen. Wenn dagegen die Reichsgewalt durch Erlassung eines allgemeinen Gesetzbuchs die Rechtseinheit begründen wolle, dann müssen die Regierungen die Initiative ergreifen, einen Plan aufstellen und zu verwirklichen beginnen. In diesem Sinn könne er auch einer Verfassungsänderung zustimmen. Die letzten Ministerkonferenzen seien günstig verlaufen und der Justizminister Leonhardt habe dem Gedanken, den Entwurf mit den Einzelstaaten zu vereinbaren, schon Rechnung getragen. Mittnacht theilt weiter den Stand der Reichsjustiz-Gesetzarbeiten mit, versichernd, daß die Einzelstaaten, welche durch die Verzögerung der Justizgesetzgebung eingeengt seien, das ihrige zur Beschleunigung beitragen würden. Der Minister erklärt sich für Beibehaltung des Geschworenengerichts. Eine Verpflichtung an dem Oberlandesgericht als höchste Instanz festzuhalten, könne er nicht eingehen, weil schon ein Reichsgericht, somit nicht ein res integra vorhanden sei. Auch auf Art. 75 der Reichsverfassung verweist der Justizminister. Dem Vorschlag eines Reichsrechtshofes sei er beigetreten, aber die Schwierigkeiten habe er sich nicht verhehlt, weil das Bestehen desselben neben dem Reichsoberhandelsgericht anormal wäre. Das Institut eines Reichsobergerichts zur Sicherung der gleichmäßigen Anwendung des Reichsrechts könne nicht vorenthalten werden. Aber es kämen hier verschiedene Fragen herein, besonders die Frage der Rechtsmittel. Die Regierung habe die Pflicht, zu sorgen, daß nicht durch Verweisung an ein entfernteres Reichsgericht der Gebrauch der Rechtsmittel erschwert werde. Die Einrichtung des obersten Gerichts sei dem richtigen Rechtsmittelsystem anzupassen und hänge von der Zivilprozeßordnung und den Beschlüssen über die Revision und den Wegfall der Berufung. Sein letztes Wort über die letzte Instanz könne er deshalb noch nicht aussprechen, er behalte sich freie Aktion vor. Der Minister sagt schließlich, daß es Niemanden erwünschter sein könne als ihm, wenn die Kammern sich aussprechen und die Verantwortlichkeit mit ihm in einer Aufgabe theilen, die zwar ehrenvoll sei, aber schwieriger und verantwortungsvoller als die Thätigkeit zu Hause.

Oesterreich.

Wien, 25. Jan. Ueber das Treiben der Polen und ihre Agitation gegen die Wahlreform schreibt die „Deutsche Ztg." Folgendes:

Trotzdem der Polen-Klub sich in dichtes Geheimniß einhüllt, kommt so Manches an das Licht der Sonne, was für das Treiben der Herren Polen sehr charakteristisch ist. Beim „wilden Mann" sind sie jetzt fuchsteufelswild geworden. Sogar der Heißsporn Zyblikiewicz ist ihnen nun zu — zahm. Nur mit übermenschlicher Anstrengung gelang es den allezeit getreuen Verehrern des Krakauer Abgeordneten, denselben in den Dreier-Ausschuß des Klubs hineinzubringen, während Grocholski und Czerkaski ganz anstandslos wiedergewählt wurden. Sogar dem föderalistisch angehauchten Grafen Wodzicki trauen sie nicht recht. Der Graf erbot sich, als Dolmetsch der polnischen Wünsche an den Stufen des Thrones fungiren zu wollen. Der Klub erklärte, darauf nur dann einzugehen, wenn dem Grafen bei seiner Dolmetsch-Mission der größte aller polnischen Schreier, der Sohn der Frau Landmarschallin, als Adlatus (das heißt als Aufseher) Assistenz zu leisten geneigt wäre. — Fürst Wladislaw Czartoryski, der sich in Beantwortung eines Schreibens des Fürsten Georg Czartoryski unumwunden für die direkten Reichsrathswahlen erklärte und seine galizischen Landsleute zu einer analogen Politik aufforderte, wird wegen dieser Missethat von dem „Vaterland" bestraft. Herr Leo Thun hält dem in Paris weilenden polnischen Magnaten ein Sündenregister vor, erinnert daran, daß er schon unter dem Ministerium Potocki im Jahre 1870 die Einführung der direkten Wahlen in Oesterreich befürwortete, und bezeichnet ihn wegen der Konsequenz in seiner politischen Haltung als nicht — gelehrig.

Frankreich.

Paris, 23. Jan. Ueber Verhaftungen von Direktoren fünf pariser finanzieller Gesellschaften vernimmt man folgende Einzelheiten: Der Polizei-Kommissar Lambquin begab sich am letzten Dienstag in die Bureaux des schweizer Kredit Foncier und des Kredit Kommunal de France und ließ sich die Liste der Administratoren geben. Herr Caperon, welcher bei den Geschäften der fünf Städte, der Territorialbank von Spanien, deren Direktor Clement Duvernois ist, des schweizer Kredit Foncier und des Kredit Kommunal betheiligt ist, wurde hierauf verhaftet. Derselbe soll vor seiner Verhaftung erklärt haben, daß er auf seinem Posten bleiben werde, da er nichts zu befürchten habe. Außer Caperon wurden noch Pelletier, Destrée und Max verhaftet, einer derselben soll aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Ferner heißt es, daß bei Herrn L., ehemaligem Minister des Kaiserreichs, so wie bei einigen anderen Personen die Siegel angelegt worden sind. Was Bureau, den Direktor der Societé Industrielle anbelangt, so hat sich derselbe nach Deutschland geflüchtet. Derselbe war nämlich zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden, und hatte sich davon gemacht.

Das orleanistische „Journal de Paris" richtet an den bekanntlich zum linken Zentrum gehörenden General Chanzy folgende verständliche Apostrophe:

Wir können uns des Bedauerns nicht erwehren, einen so hervorragenden Militär, wie der General Chanzy ist, sich mehr und mehr auf die kleinlichen Intriguen der Tagespolitik einlassen zu sehen. Was nöthigt ihn, muthwillig die Bedeutung zu verkleinern, welche seine Verdienste ihm errungen? Sollte der furchtlose Soldat, der sich drei Tage lang bei und hinter Vendôme mit kaum formirten Truppentheilen gegen den Ansturm der ersten preußischen Armee behauptet hat; der unter den verzweiflungsvollsten Umständen niemals den Glauben an die Rettung des Vaterlandes verloren hatte, der Schritt vor Schritt den fortan unsterblichen Rückzug von Vendôme auf le Mans bewerkstelligte: sollte er wirklich meinen, daß sein Ruhm um ein erhebliches wachsen werde, wenn das Land im „Soir" die Nachricht liest, daß er einige unbedeutende Manöver in den Couloirs der Kammer ausgeführt hat?

Paris, 24. Januar. Der Nachricht des „Courrier de France", daß das Haus Rothschild mit seinem Versuche, ein finanzielles Abkommen betreffs der fünften Milliarde in London zu Stande zu bringen, gescheitert sei, setzt das „Journal offiziel" das folgende scharfe Dementi entgegen:

Diese Nachricht ist nichts weiter als ein gründliches Falsum. Mehrere Blätter haben sie schon in der entschiedensten Weise widerlegt; aber das „Journal offiziel" muß sie auch seinerseits und nicht minder entschieden dementiren, weil sie geeignet ist, dem öffentlichen Kredit Eintrag zu thun. Die Regierung kann bis zu einem gewissen Punkte die persönlichen Angriffe und die verläumderischen Kritiken, denen sie sich ausgesetzt sieht, dulden und geringschätzen; aber es wäre ihre Pflicht, mit Nachdruck gegen perfide und sträfliche Veröffentlichungen einzuschreiten, welche gleichzeitig viele Privat-Interessen und das Interesse des Staates selber offenbar zum Vortheile irgend einer elenden Spekulation, zu bedrohen vermöchten.

Zu der heftigen Abkanzelung wird das amtliche Blatt wohl zum Theil dadurch veranlaßt, daß den Organen der Rechten an der raschen „Befreiung des Landes" überhaupt nicht so viel liegt, weil dann auch die Auflösung der Nationalversammlung nicht mehr vermieden werden könnte. Andrerseits ist es fraglich, ob Herr Thiers trotz alles seines Haders mit der jetzigen royalistischen Mehrheit zuletzt doch nicht lieber mit ihr so lange als möglich fortzuregieren wünscht, als mit einer neuen unberechenbaren und vielleicht entschieden republikanischen. Immerhin ist die Hoffnung auf die baldige Zahlung der Kriegsschuld so sehr die Hauptstütze seiner Macht, daß er darüber fortwährend die rosigsten Nachrichten verbreiten läßt. Schon das „Bien public" versicherte, daß Frankreich keinen Anlaß haben werde, finanzielle Garantien für die fünfte Milliarde anzubieten, da es dieselbe vielmehr sehr bald baar zu zahlen im Stande sein werde. Auch der von Herrn Thiers inspirirte Berichterstatter der „Times" behauptet nun, daß der Schatz schon im Mai 1873 800 Millionen für die fünfte Milliarde bereit haben und die noch fehlenden 200 sehr bald beschaffen werde. Diese schon oft ausgemalten Hoffnungen sind freilich noch nicht Wirklichkeit.

Italien.

Rom, 21. Januar. Die Kommission des Privatkomité der Kammer, welche mit der Begutachtung des ministeriellen Klostergesetz-Entwurfs betraut worden ist, hat heute den § 2 desselben, die Kon-

Der Komet Biela aufgefunden.

In Sachen Komet Biela contra Sternschnuppenfall ist in höherer Instanz ein eigenthümliches Urtheil erflossen. Bekanntlich wurde durch die brillante Erscheinung am Abende des 27. November v. J. der Zusammenhang des Meteorschwarmes mit dem seit 1852 nicht wiedergefundenen Doppelkometen außer Frage gestellt, allein die Art dieser gegenseitigen Beziehung blieb nach wie vor in ein trostloses Dunkel gehüllt.

War es der Kopf des Kometen selbst, den unser Erdschifflein an jenem verhängnißvollen Abende durchschnitt, oder geriethen wir nur in den Schweif desselben? Oder bewegt sich der Schwarm, vom Kometenkörper auf größere Distanzen getrennt, selbstständig in der nämlichen Bahn. Besteht ein Komet aus einem Meteorschwarm, der sich mit der Zeit durch die Anziehung der Sonne oder eines Planeten in die Länge zieht und auf der Bahn, die der Schwarm durchläuft, allmälig vertheilt (Schiaparelli), oder erzeugen sich Sternschnuppen durch die Schweifbildung und aus dem Stoffverlust, den Kometen, wie es scheint, durch die Sonnenwärme erleiden (Weiß)? Das von mir in einem vorausgegangenen Artikel („Neue Freie Presse" vom 4. December) gezogene Resume: „Wir kreuzten uns mit den Kopfstücken des Kometen Biela", war die allgemeinste, allein festzustellende Formel, welche jeden in den obigen Fragen enthaltenen Fall in sich begriff.

Man sieht sogleich, daß mit der Entscheidung über der speciellen Fall vom 27. November die Lösung des allgemeinen Problems sich eng verknüpft.

Jener Entscheidung sind wir in den letzten Tagen, zunächst durch einen originellen Gedanken des Direktors der Sternwarte in Göttingen, Herrn Klinkerfues, unzweifelhaft um einen Schritt nähergekommen. Dieser rege Kopf gab sich nicht damit zufrieden, dem Schwarme vom 27. November nur insofern Aufmerksamkeit zu schenken, als durch ihn das leibliche Auge beschäftigt wurde, sondern er verfolgte denselben noch mit dem Auge des Geistes über die Erd-Atmosphäre hinaus und geleitete ihn wieder zurück in den Weltraum. Diese Galanterie blieb nicht ohne wichtige Folgen.

Ich muß hier erwähnen, daß man den Punkt des Himmels, von welchem der Schwarm zu kommen schien (Radiationspunkt), durch Beobachtung der einzelnen Schnuppen entsprechend genau kennen gelernt hatte. Dieser lag in der Nähe des Sternes Alamal in der Andromeda. Es wird dabei angenommen, daß der Schwarm während seines Durchganges durch die Erd-Atmosphäre eine gerade Linie beschreibt, eine Annahme, welche für eine kurze Zeit auch nahezu richtig ist. Daraus folgt, daß die Verlängerung dieser geraden Linie nach der Seite, wohin der Flug des Schwarmes gerichtet ist, auch für kurze Zeit nach dem Schnuppenfall den Weg zeigen wird, den er nimmt, und so auf den Punkt hinweisen wird, wo das Meteor-Agglomerat in seiner Gesammtheit am Himmel zu erblicken ist. Der betreffende Punkt wird demnach nahezu entgegengesetzt vom Radiationspunkte liegen. Klinkerfues benützte nun diesen Wegweiser; da der Gegenpunkt (Konvergenzpunkt) aber von europäischen Sternwarten nicht gut beobachtet werden kann und periculum in mora vorlag, telegraphirte er am 30. November an Pogson nach Madras und gab die Himmelsgegend an, nach welcher das Teleskop gerichtet werden soll. Das Telegramm langte via Rußland nach 1 Stunde 35 Minuten in Madras an. Am 1. Dezember Morgens vereitelten jedoch Wolken und Regen jeden Versuch; am 2. Dezbr. hatte sich die Aussicht nicht gebessert. Als aber am 3. Dezbr. Morgens 5 Uhr 15 Min. sich der Himmel für kurze Zeit aufheiterte, zeigte sich sogleich in der bezeichneten Gegend (bei Theta Centauri) ein himmlisches Objekt, das einem Kometen aufs Haar gleichsah. Die direkte Bewegung von 6' 15" in der Sekunde beseitigte jeden Zweifel über die Gattung des Himmelskörpers. Der Komet war rund, hell, mit einem entschiedenen Kern, doch schweiflos, und maß ungefähr 45 Sekunden im scheinbaren Durchmesser. Am nächsten Morgen betrug der Durchmesser 75 Sekunden, der Kern war glänzend und ein zarter, aber entschieden hervortretender Schweif von 8 Minuten Länge wurde beobachtet. Die unter diesen Umständen nothwendig gewordene rasche Signalisirung des Fundes nach Europa konnte kein genügendes Material zur Bahnberechnung mitbringen, und es entstand die Frage: Ist der beobachtete Komet der Sternschnuppenschwarm vom 27. November oder der mit diesem im Zusammenhange stehende Komet Biela selbst oder war das Ganze nur ein neckisches Spiel des Zufalls und steht der Findling mit den genannten Himmelskörpern in gar keinem Zusammenhange? Da war guter Rath theuer.

In dieser Zeit der Noth ist, wie dereinst vor der Entdeckung von Schiaparelli, abermals Professor Th. v. Oppolzer zur guten Stunde in die Aktion getreten. Durch scharfsinnige Kombination gelang es ihm, das zu einer Bahnberechnung in gewöhnlicher Weise unzureichende Beobachtungs-Material dennoch nutzbringend zu verwerthen.

Man kann das Problem, welches sich Professor v. Oppolzer gestellt in folgender Frage formuliren: Schmiegen sich die Beobachtungen Pogson's derart an den Andromeda-Schwarm, daß daraus Bahn-Elemente von einiger Aehnlichkeit mit jenen des Kometen Biela zu erhalten sind?

Hiebei ist zu beachten, daß die letzte, von Michez durchgeführte Bahnberechnung des Kometen Biela nur bis zum Jahre 1866 auf Genauigkeit Anspruch machen kann, da für die späteren Jahre auf die Planetenstörungen keine Rücksicht genommen wurde.

Professor v. Oppolzer sagt in dem Vortrage, welchen er über diesen Gegenstand am 16. Januar in der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften hielt: „Anfänglich schien mir diese in der Geschichte der Astronomie einzig dastehende Kometen-Entdeckung ein Spiel des Zufalls zu sein. Mein Freund, Professor Weiß, machte mich aber auf-

servirung der Generalizien betreffend, verworfen. — Der Sohn des Kaisers Napoleon hat an den Papst einen Brief geschrieben, in welchem er hervorhebt, daß er keinen Freund mehr auf Erden als Pius IX., seinen Pathen, habe! Letzterer hat dieser Tage in seiner Privatkapelle eine Messe für die Seelenruhe Napoleon's gehalten.

Großbritannien und Irland.

London, 22. Januar. Die Katholiken von Birmingham hielten gestern Abend ihre 19. Jahresversammlung, bei welcher Gelegenheit der Bischof Ullathorne eine Rede für die römische Kirche und die Jesuiten und gegen den Liberalismus hielt. Der Liberalismus habe alte Staatsgebäude in Italien umgestürzt, habe die Rufe: Nieder mit der Monarchie! Nieder mit dem Eigenthum! Nieder mit den Priestern! ausgestoßen, habe sich in Frankreich in den Kommunisten verkörpert und endlich in Deutschland seinen Erzprofessor in Bismarck gefunden. Nun, als Liberalen wird Deutschland sich den Fürsten Bismarck schon gern gefallen lassen, und darum doch nicht fürchten, daß er die Monarchie und die Kirche umstürzen und sich zuletzt als Petroleur entpuppen wird. Es ist ein zweifelhaftes Kompliment für den Verstand einer Zuhörerschaft, wenn man ihr solche Dinge zu bieten wagt, wie der ultramontane Bischof in Birmingham. Auch in Sheffield tagte gestern eine ähnliche Versammlung, indem der katholische Verein seine Eröffnungssitzung hielt, in welcher der Erzbischof Manning sich mit einer seiner bekannten halbpolitischen Reden vernehmen ließ.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Januar. Am 14. d. M. ist in Odessa das vor Kurzem erst mit bedeutenden Kosten restaurirte Theater abgebrannt und sind außer den Verlusten an Kunstwerken und Instrumenten auch noch drei Menschenleben zu beklagen, indem die drei Theaterdiener seit dem Brande spurlos verschwunden sind. Ueber die Entstehung des Feuers ist bis jetzt Nichts ermittelt worden, aber man behauptet, daß dem schnellen Umsichgreifen desselben die Gasröhren Vorschub geleistet haben. Das Verschlußventil der Hauptröhre befand sich außerhalb des Theaters und deshalb strömte lange Zeit Gas in den brennenden inneren Raum, bis man die Röhre zertrümmerte. Ein Glück war es, daß der Brand des Morgens, vor Tagesanbruch stattfand, sonst wären wohl noch mehr Menschenleben zu beklagen. Der Impressario der italienischen Oper hat sehr herbe Verluste erlitten. — Endlich soll doch in allen Städten des Reiches das seit 1870 sanktionirt Gemeindegesetz eingeführt werden. Bis jetzt wurden die Städte nach einem Statute, welches anno 1785 zu Stande kam, von den Militär- und Polizeibeamten getreten und ausgesaugt, was man „administriren" nannte. Der jezeitige Gouverneur war Höchstkommandirender der Truppen seines Gouvernements, Chef der Verwaltungs-Polizeibehörde und summus judex in einer Person, und man kann sich denken, daß diese Lage der Dinge dem Volke keinen großen Vortheil brachte. Sie scheint das volksthümliche Sprichwort geboren zu haben: „Zu Gott ist's hoch, zum Zaren weit." Daß unter solchen Umständen das Volk unreif geblieben ist, und in ihm sich ein Verständniß für die Wichtigkeit des neuen Gemeindegesetzes nicht ausgebildet hat, dürfte kaum verwundern, und den Beweis, daß es so ist haben die Wahlen in Moskau geliefert, wo von 17,000 Wählern sich nur 170 bei der Wahlurne eingestellt haben. Wie bis jetzt die seit nicht langer Zeit eingeführten Geschwornegerichte noch nicht begriffen sind und, wie der „Ruski Mir" hervorhebt, noch keinen sichtbaren Einfluß auf die Moralität der Bevölkerung ausgeübt haben, so wird auch das neue Gemeindegesetz, durch welches den Gemeinden das Self gouvernement übertragen wird, wohl lange Zeit bedürfen, um sich in ihrer Verwaltung durch Erfolge bemerkbar zu machen. Dennoch kann man über die Einführung des neuen Gesetzes dasselbe sagen, was die angeführte Zeitung über die Geschworenengerichte sagt, daß: „das neue Gesetz trotz alle dem unzweifelhaften Nutzen bringen wird." — Wie ich aus amtlicher Quelle erfahre, werden die beiden einklassigen russischen Schulen in Rewvel in eine dreiklassige städtische Schule verwandelt, in welcher neben anderen Gegenständen auch wöchentlich zwei Stunden in jeder Klasse dem Unterrichte in der deutschen Sprache gewidmet werden sollen.

Vom Landtage.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 25. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Fürst Bismarck, der vor Beginn der Sitzung den Präsidenten v. Forckenbeck begrüßt und sich längere Zeit mit ihm bespricht; Graf zu Eulenburg, Dr. Leonhardt und v. Königsmarck mit zahlreichen Kommissarien.

Die zweite Berathung des Staatshaushaltes wird fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Staats-Ministeriums. Die Budgetkommission, für welche Graf Limburg-Stirum referirt, beantragt die Einnahmen und Ausgaben, wie vorgeschlagen, in wenig veränderter, jedoch genauer präzisirten Form zu genehmigen. Nur unter den einmaligen Ausgaben sollen 16,496 Thlr. gestrichen werden, die zur Deckung der dem Bureau der Landes-Triangulation aus seinen bisherigen Arbeiten am Schlusse des Jahres 1872 noch zur Last fallenden Beträge aus der Erwerbung von Markstein-Umgebungsflächen und aus der Einmessung der trigonometrischen Punkte in die Gemarkungskarten angesetzt waren.

Tit. 1. „Präsident des Staatsministeriums" beantragt der Berichterstatter Namens der Budgetkommission von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil der Vertreter der Staatsregierung soeben mitgetheilt habe, daß die Bemerkung im Etat, das Gehalt werde gegenwärtig für diese Posten erspart, nach den Veränderungen im Ministerium nicht mehr zutreffe. Die Budget-Kommission hält es in Folge dessen für nothwendig, um Klarheit hierüber zu gewinnen, die Sache einer nochmaligen Erörterung zu unterziehen. Früher war die Stellung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Auswärtigen kombinirt, und darum wurde das Gehalt des Präsidenten des Staatsministeriums an dieser Stelle erspart. Der gegenwärtige Ministerpräsident aber erhält sein Gehalt nicht als Kriegsminister, sondern an dieser Stelle des Etats, während der Generallieutenant v. Kamecke das Gehalt des Kriegsministers bekommt. — Das Haus beschließt dem Antrage gemäß.

Zum Etat der Staatsarchive bemerkt Reichensperger (Koblenz): Es sind im Etat zur Erwerbung von Archivalien, Publikationen u. s. w. 800 Thlr. angesetzt, und sollen „etwaige Ersparnisse dieses Fonds zur Verwendung im folgenden Jahre disponibel bleiben." Das ist doch eben so spärlich als für die Zwecke ungenügend. Die Archive sind das Fundament der Provinzial- und Lokalgeschichte. Wichtige Archive und Urkunden zu erwerben wird immer schwerer, weil alle Antiquitäten theurer werden. Archivalische Zusammenstellungen zu publiziren ist eine mühsame, zeitraubende Arbeit. Deutschland steht hinsichtlich solcher Publikationen hinter allen Ländern weit zurück. In Frankreich besteht schon seit 25 Jahren ein großes Spezialkomite dafür, früher unter dem Namen „des arts et des monuments" jetzt betitelt „de l'histoire et de langue", das durch Regierungsfonds reich ausgestattet, kostbare und höchst werthvolle Publikationen bereits gemacht hat. Aehnlich ist es in Belgien und auch in Oesterreich, wo unter Leitung des Herrn von Arnim auf Staatskosten sehr bedeutende Publikationen über österreichische Geschichtsquellen gemacht werden.

Regierungskommissar Geh. Reg.-Rath Duncker: Ich kann mich mit dem Wunsche auf Erhöhung dieser Position nur einverstanden erklären. Ganz erschöpft die im Etat ausgeworfene Summe allerdings die in Rede stehenden Zwecke nicht. Es müssen die Zuwendungen der einzelnen Provinzialvertretungen für archivalische Zwecke hinzugerechnet werden. Bei uns wird die Sache nicht in der zentralistischen Weise wie in Frankreich u. a. Ländern betrieben, sondern die Archive und Urkunden werden in den einzelnen Provinzen herausgegeben nach Maßgabe der durch die Provinzialvertretungen verstärkten Staatsfonds. Auf die Weise wird das pommersche Urkundenbuch u. A. fortgeführt. Eine Erhöhung der Fonds wäre gewiß wünschenswerth.

Die Positionen dieses Kapitels werden hierauf genehmigt.

Zum Etat der Oberexaminationskommission (Prüfung für die höheren Verwaltungsämter) hat Abg. von Bonin den Antrag gestellt: das Haus wolle beschließen, in Verfolg seiner am 3. März 1869 und am 17. November 1871 gefaßten Beschlüsse die Staatsregierung wiederholt und dringend aufzufordern, die durch die Regierung selbst als nothwendig anerkannte gesetzliche Feststellung der Bedingungen, die zum Eintritt in die höheren Verwaltungsämter befähigen, nunmehr durch eine dem Landtage zu machende Vorlage herbeizuführen.

Hierzu beantragt Abg. Simon von Zastrow die gesperrten Worte zu streichen.

Abg. v. Bonin: Die Sache selbst ist schon mehrfach weitläufig im Hause erörtert worden. Ich wiederhole nur das eine dringende Motiv für meinen Antrag, daß gegenwärtig die gesetzlich verlangte Ablegung des zweiten juristischen Examens zum Eintritt in diese Verwaltungsämter hinfällig geworden ist durch den Fortfall und die Aufhebung dieses zweiten Examens. Es fehlt in diesem Augenblicke gradezu die Möglichkeit, daß Referendarien bei den Regierungen angenommen und ein Examen für den höheren Verwaltungsdienst abgelegt werden kann.

Regierungs-Kommissar Hoffmann: Wenn die Staatsregierung bisher dem Antrage nicht entsprach, so lag dem keine Versäumniß, sondern nur die Thatsache zu Grunde, daß ein Bedürfniß dafür nicht vorhanden war. Schon vor dem Jahre 1866 war eine sehr unerwünschte Ueberfüllung in der Karriere der hier in Rede stehenden Verwaltungsämter; der Zudrang war ein enorm großer und dieser Zustand steigerte sich noch, als wir im Jahre 1866 aus den neuen Provinzen eine große Zahl von höheren Verwaltungsbeamten übernahmen; diese Beamten wurden zum überwiegenden Theile in die alten Provinzen versetzt und es trat dadurch, insbesondere bei den Regierungskollegien wiederum eine noch größere Ueberfüllung ein. Diese hat seitdem abgenommen; aber keineswegs etwa ist bereits der Zustand eines Mangels an Beamten dieser Klasse vorhanden; auch für Nachwuchs ist hinlänglich gesorgt. Es fehlt daher jedes Bedürfniß, einen neuen Anreiz für diese Karriere zu geben. Dazu kommt, daß die Schritte, die in neuerer Zeit die Reichsgesetzgebung im Wege der Selbstverwaltung gethan hat, bereits wesentlich auf die Verminderung der Geschäfte der Regierungen hingewirkt haben. Dasselbe Resultat hoffen wir von der neuen Kreisordnung. Ich kann daher die Annahme des Antrags nicht empfehlen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Gründe des Regierungskommissarius hindern doch nicht, daß es zweckmäßig ist, gesetzlich klar festzustellen, wie sich junge Leute, die ein vorwiegendes Interesse für diese Karriere fühlen, einzurichten haben, wie sich auszubilden und welche Examina sie zu machen haben. Ich kann daher den Antrag nur empfehlen. Nach meinen Erkundigungen sind an sämmtlichen Regierungen des Staates gegenwärtig nur 19 Referendarien vorhanden. Wie man das eine Ueberfüllung nennen kann, ist schwer einzusehen. Wir befinden uns in dieser Frage gegenwärtig in einem der Verfassung und den Gesetzen widerstrebenden Zustande, und dem will mein Antrag ein Ende machen.

Abg. Simon von Zastrow: Eine Gesetzesvorlage sei nicht nothwendig, eine Einführungs-Ordre im Wege des Regulativs reichhin. Sein Amendement wird aber abgelehnt und der Antrag Bonin mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu dem Kapitel „Büreau der Landes-Triangulation" wünscht Abg. Schmidt (Stettin) zu wissen, in welcher Zeit die große Arbeit der Landes-Triangulation vollendet sein könnte. Der Regierungskommissar General Morosowicz bemerkt, daß die Dauer der ganzen Arbeit auf 26 bis 28 Jahre veranschlagt sei, daß sie seit 9 Jahren fortgeführt werde und bis zur Vollendung noch etwa 18 Jahre erforderlich sein werden. Auf eine Anfrage wegen Anfertigung der Generalstabskarten der neuen Provinzen erwidert derselbe Herr Kommissar, die Regierung sei bemüht, die Herstellung der Generalstabskarten in derselben Weise zu fördern, wie die Arbeiten der Landes-Triangulation, so daß jährlich etwa 200 Quadrat-Meilen fertig gestellt werden können. Es sind aber militärische Kräfte nicht genügend vorhanden, und es müssen Topographen aus dem Zivilstande dazu herangebildet werden. Die Regierung glaubt: in 5 Jahren so weit zu sein, jährlich das oben bezeichnete Quantum zu erreichen und wird auch dafür sorgen, das fertig gestellte sofort durch eine geeignete Form der Reproduktion sowohl der Staatsverwaltung wie der Industrie und allen, die ein Interesse daran haben, dienstbar und zugänglich zu machen, so daß die Arbeiten nicht erst wie gegenwärtig in 3—4 Jahren ins Publikum kommen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer wird folgende Resolution angenommen: „Die Staatsregierung aufzufordern: 1) Im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Kassenetats des Rechnungshofes und der Ober-Rechnungskammer entsprechend den besonderen Haushaltsetats zu trennen. 2) Die Besoldungen der einzelnen Räthe der Ober-Rechnungskammer spezialisirt in den Etat aufzunehmen." Der Etat des Staatsministeriums wird nach den Vorschlägen der Budgetkommission genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Etats des Auswärtigen Ministeriums. Abg. Lasker: Betreffs des Bureaus des Staatsministeriums ist uns heute im letzten Augenblick in der Budgetkommission mitgetheilt worden, daß in dem Gehaltsverhältniß eine Aenderung vorgehen soll. Das hat auf meine Anregung den Gedanken hervorgerufen, daß eine solche Frage nicht nebenher abgemacht werden kann, umsomehr, als der Ministerpräsident dieser Verhandlung nicht beiwohnt. Umgekehrt verhält es sich mit diesem Etat. Derselbe ist bei uns ja beinahe in Vergessenheit gerathen; der Inhalt ist so zwerghaft zusammengeschrumpft, daß, wenn man lediglich nach dem Umfang des Budgets die Angelegenheit beurtheilen wollte, dieser Etat sogar noch unter dem des landwirthschaftlichen Ministeriums stehen würde. Aber ich glaube, daß bei uns die Bedeutung der Staatsministerien verkannt wird; bis jetzt spricht man noch zu sehr von den einzelnen Ressorts und nach diesen mißt man die Bedeutung der einzelnen Minister ab. Deswegen ist man der Meinung und sie ist auch hier ausgesprochen worden, daß, so lange das landwirthschaftliche Ministerium nur so wenig Angelegenheit habe, sein Inhaber in der politischen Welt keine bedeutende Rolle spiele. Verstehe ich aber die Regierungsweise in Preußen recht und weicht sie nicht ganz und gar von dem ab, was unter Regierungen üblich zu sei pflegt, so ist das Ressort des Verwaltungsministeriums beinahe Nebensache für den Chef des Ministeriums; diesen Theil sollte er eigentlich von guten Räthen so weit vorbereiten lassen, daß er selbst, mit guten Kenntnissen ausgestattet, seine Aufgabe zu lösen weiß, während die eigentlich politische Bedeutung der Ministerien darin liegt, daß jeder Minister Staatsminister ist und demgemäß an den höchsten Akten der Staatsleitung mit Antheil zu nehmen hat. Einigermaßen unterstützt werde ich in dieser Meinung dadurch, daß an der Spitze des für Preußen gänzlich zwerghaften Ministeriums des Ausmärtigen ein Mann steht, der doch dessen Demensinen nicht angepaßt ist. (Heiterkeit). Ich meine also, daß die Dinge, die im Namen Preußens zu besorgen sind, nicht gerade den Inhaber des Ministeriums besonders beschäftigt werden, und ich finde es durch die Anwesenheit der Herrn Ministers einigermaßen bestätigt. Wenn es sich nur um die Vertheidigung einzelner Posten handelt, so würde uns ein Kommissar jede mögliche Auskunft über die Gehaltserhöhung in München zu geben im Stande sein. Dagegen glaube ich nicht, daß ein Kommissar uns darüber würde Auskunft geben können, welcher Art die Stellung des auswärtigen Ministers im preußischen Kabinet nunmehr ist. Dies halbe Räthsel hat sehr viel die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt; man hat doch noch nicht völlige Klarheit, ob er nur auf sein Ressort sich beschränkt, oder ob er in voller Theilnahme an der Politik des Gesammtministeriums sich betheiligt. Mir wäre es lieb gewesen, wenn bei der Einführung des neuen Ministeriums, welches seinen früheren Prinzipien getreu sein will, uns die Versicherung gegeben wäre, daß ihm die ganze Energie seines früheren Leiters nicht fehlen werde und ich möchte deshalb hier anregen, vielleicht gar die Frage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten stellen, ob ich in der Auffassung mich richtig befinde, daß innerhalb des Kabinets das Ressort, welches von dem einzelnen Staatsminister verwaltet wird, verhältnißmäßig in Beziehung auf die Politik eine untergeordnete Sache sei, dagegen aber die Theilnahme an

---

merksam, daß die Annahme über die Identität nicht unmittelbar zurückgewiesen werden könnte; und in der That haben auch meine Untersuchungen, die eine Beschaffung einiger analytischen Entwicklungen besonderer Art bedurften, zu dem überraschenden Resultate geführt, daß der Sternschnuppenfall des 27. November mit dem Pogson'schen oder besser Klinkerfues'schen Kometen fast zweifellos in innigem Zusammenhange steht und daß das beobachtete Objekt immerhin möglicherweise ein Kopf des Biela ist."

Diese Schlußfolgerung basirt sich hauptsächlich auf den Umstand, daß durch die Annahme, der Komet sei zur Zeit seiner Entdeckung 1,500,000 geographische Meilen von der Erde entfernt gewesen, für den 27. November 8 Uhr Abends eine sehr große Annäherung an die Erde erhalten wird. Außerdem zeigen die von Professor v. Oppolzer gefundenen Elemente eine große Aehnlichkeit mit denen des Kometen Biela; nur die Perihelzeit, welche von Michez auf den 6. Oktober 1872 festgestellt wurde, fällt nach Oppolzer's Elementen auf den 6. Januar 1873, was wohl durch die seit 1866 und namentlich am 27. November v. J. erlittenen Störungen erklärlich werden könnte.

Professor v. Oppolzer findet, daß der Komet selbst am 27. November 8 Uhr Abends, zur Zeit des großen Meteorfalles, wahrscheinlich außerhalb der der Erdbahn stand und von der Erde nur ungefähr 180,000 geographische Meilen, d. i. etwas mehr als drei Mondweiten, entfernt war. Er befand sich, wenn das gewählte Elementen-System sich bewahrheitet, zu jener Zeit am südlichen Himmel in der Nähe des Sternes Kanopus und konnte demnach begreiflicherweise auf der nördlichen Hemisphäre nicht gesehen werden. Sein wahrer Durchmesser betrug, wie ich mit Zugrundelegung der erwähnten Annahme über seine Entfernung und der zweiten Pogson'schen Beobachtung finde, nur etwa 510 geographische Meilen, also 40 Meilen mehr als der des Mondes; die Länge des Schweifes war an jenem Morgen 3260 geographische Meilen, dadurch wäre eine beträchtliche Abnahme seit dem Jahre 1806, wo der Durchmesser über 9000 Meilen betrug, erwiesen.

Wir hätten demnach nicht den Kopf, sondern nur einen demselben benachbarten Schwarm am 27. November passirt; übrigens wird schon aus den Meteorfällen der ersten Dezembertage von 1798 und 1838 klar, daß es einen vom Kometen selbst getrennten Meteorschwarm giebt.

Wie immer die schließliche Entscheidung auch ausfallen mag, die originelle Idee von Klinkerfues hat jedenfalls der Wissenschaft genützt und einen neuen Beweis geliefert, wie Unrecht diejenigen haben, welche jede Idee, die nicht im vorhinein alle Wahrscheinlichkeit für sich hat, unterdrückt wissen möchten.

Rudolph Falb. (N. fr. Pr.)

Französisches Blech.

Der „National-Zeitung" schreibt man aus Paris vom 20 Jan.: In der letzten Lieferung der sehr "ernsten" und „gelehrten" Revue La philosophie positive ist ein Artikel zu lesen, welcher die Superiorität des Menschen über die Thiere behandelt. Diesem Artikel entnehme ich die folgende Phrase:

„Wenn ein großer Unterschied besteht zwischen dem wilden homo der tertiären Gebilde und dem Bourgeois von Berlin, zwischen dem in tiefen Wäldern nach Beute jagenden Wolfe und dem vor Freude bei den Fanfaren des Halali aufspringenden Jagdhunde, so verschwindet dieser Unterschied beinahe vollständig, wenn der Preuße der Landwehr im Feindeslande massakrirt und plündert, wenn der Schweißhund seinen Rachen an den noch zuckenden Eingeweiden des Wildes mit Blut besudelt."

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß ich dieses lustige Citat in dem trefflichen brüsseler Wochenblatte „La Discussion" fand, welches dasselbe mit nachfolgender Bemerkung begleitet:

„Das Beispiel ist wahrlich gut gewählt. Die preußischen Landwehrmänner als Modelle von Blutmenschen und Plünderern aufstellen, wenn man unter seinen eignen Landsleuten die schönste Sammlung von Petroleurs, von Turcos Kommunisten und Francs-Tireurs besitzt, das heißt in Wahrheit einen glücklichen Wurf thun. Und das nennt man Wissenschaft und noch dazu positive Wissenschaft."

Die Sache hat übrigens nicht allein eine komische Seite, wenn man bedenkt, daß solches Zeug in einer hier zu Lande angesehenen Revue geschrieben wird und wenn man sieht, daß selbst die Revue des deux Mondes beinahe in jeder Lieferung den haarsträubendsten Blödsinn und die gemeinsten Lügen über Deutschland veröffentlicht.

Man liest in der Union Démocratique de Seine et Oise, welche das Factum aus sicherer Quelle haben will: „Der Pfarrer von Chateaufort (Seine et Oise) soll den Kindern seiner Gemeinde, die ihm ihre Glückwünsche zum neuen Jahre darbrachten, eine kleine Broschüre zum Geschenk gemacht haben, welche der Küster außerdem noch in den Häusern vertheilte. Dieselbe ist betitelt: „„Meinung des Herrn v. Bismarck über die Republik, das Kaiserreich und die Bourbonen in Frankreich. Ein dem Fürsten Bismarck zugeschriebener Brief, übersetzt von George Romain. Paris, Verlag von J. Wattelier, Rue de Sevres 19."" Die Worte Bismarck und Republik sind groß gedruckt, der Rest hingegen stellt sich klüglich in den Hintergrund. Die Broschüre gleicht ihrem Titel, sie ist ein Meisterwerk von Heuchelei und enthält die rohesten und gehässigsten Angriffe gegen die bestehende Regierung. Folgende Auszüge können einen Begriff davon geben: Seite 8 heißt es: „„Die Republik ist in Frankreich die Partei der Dummköpfe und Schwätzer, der Narren und Schufte, ohne der Trunkenbolde und Sträflinge, der Diebe und Mörder zu gedenken."" Seite 10: „„Ihr seht, daß die Republikaner aller Nuancen mehr oder weniger die Unsern sind."" (Herr v. Bismarck spricht nämlich.) Seite 17: „„Die Republik wird sich in Frankreich einbürgern. Ihr müßt durch Eure Wort, durch die Unterstützung gewisser demokratischer Journale und durch alle Mittel in Eurer Macht dahin trachten, Frankreich für dieselbe einzunehmen."" Seite 24: „„Diese Nation ist zum Tode verurtheilt. Sie hat, was sie verdient, nämlich die Republik."" Darum: „„Es lebe die Republik! Nieder mit den Bourbonen!, Dies muß in Frankreich das Feldgeschrei eines guten Preußen sein u. s. w.""

dem Gesammtministerium als Staatsminister jedes einzelne Mitglied verpflichtet, mit voller Verantwortlichkeit, namentlich an den Akten der hohen Politik theilzunehmen und demgemäß auch Fürsorge zu treffen, daß die in dem Ministerium selbst einheitlich vereinbarte Politik von jedem einzelnen Minister vertreten werde. Es würde mir zu großer Genugthuung gereichen, wenn diese Gelegenheit das Land darüber aufklären möchte, daß auch fortan dem Staatsministerium der Beistand und die Energie des auswärtigen Ministers nicht fehlen werde.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat meiner Ueberzeugung nach vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß jedes Mitglied des Staatsministeriums nach zwei Seiten hin aufzufassen ist, einmal nach der Verwaltung seines Ressorts, das zweite Mal nach seiner politischen Anschauung als Mitglied des Staatsministeriums, nach seiner Mitverantwortlichkeit für die Gesammthandlungen des Staatsministeriums, und ich kann dieser Auffassung eine Illustration durch Erwähnung der Diskussionen geben, die im Schooße des Ministeriums über die Frage stattgefunden haben, ob das landwirthschaftliche Ministerium als solches überhaupt beizubehalten sein werde oder nicht. Es hat sich dabei die Majorität des Staatsministeriums — und ich glaube das gesammte Staatsministerium — dahin ausgesprochen, daß wenn diejenigen Geschäfte, die bisher mit dem landwirthschaftlichen Ministerium verbunden sind, einen politisch thätigen Mann nicht überall ausreichend beschäftigen und wenn vielleicht aus dem Grundsatz der gerechten Arbeitsvertheilung eine Verstärkung des landwirthschaftlichen Ressorts wünschenswerth wäre, es doch für das Gesammtministerium von großer Wichtigkeit sei, daß Se. Majestät eine Ministerstelle vergeben könne, die unter Umständen, auch wenn sie gar kein Ressort hat, wenn ein Minister ohne Portefeuille wäre, durch ihre politische Stellung, durch ihre Mitwirkung in den politischen Fragen, das Ministerium in seinen Arbeiten unterstützen könne. Ich erwähne, daß in England meines Wissens eine größere Anzahl von Ministerien ohne Ressort, die eben nur vor dem Publikum die Mitverantwortlichkeit für die politische Leitung der Geschäfte tragen, vorhanden sind.

Es ist sogar bei uns der eigenthümliche Fall, daß der Präsident des Staatsministeriums, obschon ihm ein größeres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit wie jedem anderen Mitgliede ohne Zweifel zufällt, doch keinen größeren Einfluß als irgend einer seiner Kollegen auf die Gesammtleitung der Geschäfte hat, wenn er ihn nicht persönlich sich erkämpft und gewinnt; unser Staatsrecht verleiht ihm keinen. Will er diesen Einfluß gewinnen, muß er ihn durch Bitten, Ueberredung, Korrespondenzen, Beschwerden beim Gesammt-Kollegium, kurz durch Kämpfe gewinnen, die die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in hohem Maße beanspruchen. Die Mittel sind schwach, die Aufgabe groß, und die Last, die zu bewegen ist, wenn es gilt, einen anders denkenden Kollegen zu überzeugen, ist oft mit Bitte und Ueberredung allein nicht zu bewegen. Dieser Umstand erhöht die Wichtigkeit des Moments, welches der Herr Vorredner akcentuirte, daß im Staatsministerium jedes Mitglied gleiche politische Bedeutung als Staatsminister in Anspruch nimmt und in gleicher Weise wie der Ressortminister für die Gesammtleitung der Politik verantwortlich ist. Nur ist es dem einem bestimmten Ressort nicht Angehörigen nicht möglich und nicht gegeben, die Thätigkeit dieses Ressorts in ihren Spezialitäten und Wirkungen so genau zu kontroliren, daß man sagen könnte, jeder Minister ist jederzeit für jede Handlung seiner Kollegen verantwortlich; es vergehen oft Jahre, ehe ein Minister sich überzeugt, daß die Thätigkeit eines seiner Kollegen Resultate hat, für deren Gewinn er die Verantwortung nicht tragen will. Wenn der Herr Vorredner mein Erscheinen hier heute dahin deutete, daß es meine Absicht gewesen sei, über meine Stellung zum Staatsministerium nach meiner Niederlegung des Präsidiums Auskunft zu geben, so möchte ich das nicht als absolut richtig anerkennen. Auch wenn mein Ressort noch kleiner wäre im Budget, als es jetzt ist, so würde ich es doch für meine Pflicht gehalten haben, soweit meine Gesundheit es erlaubt, persönlich zu dessen Vertretung zu erscheinen. Was die Motive des Wechsels der Geschäfte im Staatsministerium betrifft, über die der Herr Vorredner eine volle Beruhigung vermißt, so erlaube ich mir festzustellen, daß solche Motive im Ganzen immer einfacher liegen, als das Gerücht und die Presse gern meint. Wenn man sie einfach nimmt, wie sie liegen, so fällt die Möglichkeit, darüber zu schreiben und zu konjekturiren. Es ist bekannt, daß der Geschäfts-Umfang, der mir oblag, ein so vielseitiger war, wie er kaum in einem ähnlichen Verhältnisse in einem Staate von ähnlicher Größe je der Fall gewesen ist. Im Anfang der Periode der Kumulation dieser Geschäfte hielt ich es fast für unmöglich, einen Theil derselben abzutrennen, ohne das Ganze zu gefährden. Es kam dazu, daß meine Arbeitskraft stärker war, als sie schließlich geblieben ist. Es kam dazu, daß ich gerade im auswärtigen Amt, welches ich vorzugsweise als meine spezielle Aufgabe betrachte, eine Hilfe hatte, deren ich gerne bei dieser Gelegenheit gedenke — es war der verstorbene Geheimrath Abeken. Ich habe mich seitdem nach und nach überzeugen müssen, daß es ganz unmöglich ist, diesen bedeutenden Geschäftsumfang, der mir oblag, auch nun in der Weise zu übersehen, daß ich jederzeit mich darüber entschließen kann, ob ich die Verantwortung für das Einzelne tragen will oder nicht. Gewöhnlich, und in allen größeren Staaten wenigstens nimmt die Aufgabe eines auswärtigen Ministers die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch, und es dürfte in keinem großen Staate den Fall geben, daß man von dem Träger der auswärtigen Geschäfte auch nur eine anhaltende und eingreifende Mitwirkung in den inneren Angelegenheiten erwartet. Die auswärtigen Geschäfte des deutschen Reichs sind, Dank sei es unseren guten Beziehungen zu allen Regierungen, im Augenblick friedliche, aber diesen Frieden nach allen Seiten hin zu wahren und zu pflegen, ist eine Aufgabe, die eben die Arbeit eines Mannes erfordert. Wenn ich daneben in der Stellung eines Kanzlers des deutschen Reiches erhebliche Aufgaben der innern Verwaltung habe, außerdem die Verwaltung, die Verantwortung wenigstens für die Verwaltung des Reichslandes, welches manchem Königreich an Ausdehnung und Bedeutung gleichkommt, so ist ja auch dieser Geschäftsumfang eigentlich nur möglich durch die ausgedehnte sichere und zuverlässige Unterstützung, die ich nach so vielen Seiten hin in diesen Dingen finde. In der ganzen Reichsverfassung ist es nun aber sehr viel leichter, wenn ich zu einem Punkte komme, wo es mir zweifelhaft wird, ob ich für die Thätigkeit des hoch und ministermäßig gestellten Beamten, für den ich die Verantwortung zu tragen habe, die Verantwortung ferner übernehmen will, so kann ich im Reiche Rechenschaft und Aufklärung über die Sache fordern, ich kann Bericht einfordern und kann wenigstens mein Veto, mein Inhibitorium sofort einlegen; kurz, ich bin berechtigt, im äußersten Falle zu verfügen, was man so unabhängigen Charakteren gegenüber oder dem Maße an Unabhängigkeit des Charakters gegenüber, welches mit großer Tüchtigkeit verbunden zu sein pflegt, sehr schwer und selten thut. Ich halte mich dort im Ganzen nur verantwortlich für die im großen Durchschnitt richtige Wahl der Personen, nicht für ihre einzelnen Handlungen. Außerdem, wenn ich diese Verantwortung gefährdet fühle, bin ich in der Lage, bestimmt zu sagen: Das will ich nicht, und bestimmte Forderungen zu stellen, was einstens zu geschehen hat. Ganz anders und viel mühevoller ist die Aufgabe eines preußischen Ministerpräsidenten, der einen hohen Ehrenposten, eine große Verantwortung hat und sehr wenig Mittel, dieser Stellung seinen Kollegen gegenüber irgend welchen Nachdruck zu geben und wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb eines Ministeriums ein passiver Widerstand entwickelt, den die einzelnen Beamten dieses Ministeriums theilen, so habe ich darüber die Erfahrung, daß man gewissermassen im Sande ermüdet und seine Ohnmacht erkennt. (Hört, hört! links.) Wenn ich mir also die Wahl stellen mußte, meinen Geschäftskreis zu verkleinern, so konnte ich darüber nach einer zehnjährigen Erfahrung nicht zweifelhaft sein, daß die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten diejenige war, die meine Arbeitskraft am meisten in Anspruch nahm. Es ist ja im Ganzen nicht die Arbeit, die den Menschen körperlich in der Fraktion, in der wir in parlamentarischen Staaten leben, aufreibt, sondern es ist das ununterbrochene Gefühl der Verantwortlichkeit für große Dinge und für Interessen, die einem am Herzen liegen wie die eigenen, aber die doch zugleich die Interessen von 25 oder 40 Millionen sind. Wenn man geringe und weniger würdige Dinge mit hohen vergleichen kann, so möchte ich sagen: ein verantwortlicher Staatsmann an der Spitze eines Staates ist in der Lage wie Jemand, der etwa an der Börse ununterbrochen Geschäfte macht, die weit über sein Vermögen gehen, deren Verlust er nicht decken kann, wenn er verliert und bei denen außer dem direkten und materiellen Verlust, Ehre, Ruf, Unabhängigkeit des Landes auf dem Spiel stehen. Das Gefühl, fortwährend handeln zu sollen in einer Weise, oder die Handlungen Andrer billigen oder mißbilligen zu sollen unter Umständen, wo man sich sagen muß, die Billigung oder Mißbilligung kann der Ausgangspunkt, der Krystallisationspunkt einer Entwickelung sein, deren weitere oder letzte Folgen Niemand mehr beherrscht — wen dies Gefühl der fortwährenden angespannten Verantwortlichkeit nicht angreift, der hat eben kein Pflichtgefühl und kein Herz für sein Land. Wer dies hat, den wird es bis zu einem gewissen Maße packen und verbrauchen. Wenn ich also die Wahl getroffen habe beim Einsehen der Nothwendigkeit, daß ich das preußische Staatspräsidium los sein wollte, so war es in dem Gefühl, daß in diesem Ressort die Mittel, einen Einfluß zu üben, im allergrößten Mißverhältniß mit der moralischen Verantwortlichkeit, welche die öffentliche Meinung an die Stelle eines Präsidenten knüpft, stehen (hört, hört!), daß mir die größte Erleichterung zu Theil werde, denn ich glaube, weit über die Hälfte meiner Geschäfte kam aus diesem Ressort — und zugleich die geringste Einbuße an Einfluß, denn daß ich auf diesen Einfluß verzichten wollte und verzichten könnte, so lange ich die Ehre habe, Se. Maj. des Kaisers Reichskanzler zu sein, daran ist ja gar nicht zu denken. Ich will gleich entwickeln, warum dazu eine Zusammengehörigkeit zum preußischen Ministerium eigentlich gar kein absolut nothwendiges Erforderniß sein würde. Meine äußere Stellung zum preußischen Ministerium könnte noch mehr gelockert werden, als sie ist; die Geschäfte bleiben doch unzertrennbar. Der Reichskanzler, wenn er die Hauptbedingung seiner Aufgabe überhaupt erfüllen soll, muß derjenige Beamte sein, auf den Se. Maj. der Kaiser das höchste Vertrauen zu diesem Zwecke setzt. Hat er das Vertrauen des Kaisers, so ist doch unmöglich anzunehmen, daß Se. M. der König von Preußen in dieser Eigenschaft noch in seinem preußischen Ministerium eine Politik gestatten werde, die dem als Reichskanzler mit dem kaiserlichen Vertrauen beehrten Beamten die Wirksamkeit im Reich unmöglich macht. Es kann der König von Preußen und sein Ministerium ganz unmöglich gegen die Politik des Reichskanzlers eine Stellung nehmen, es ist vielmehr eine gegebene Nothwendigkeit, daß sie unterstützt wird. Man könnte ja vielmehr das Erforderniß aufstellen, daß der Reichskanzler Mitglied des Ministeriums eines andern bedeutenden Bundesstaats sei, denn in Preußen ist der Personalzusammenhang der königlich preußischen und der kaiserlichen Krone doch ohnehin gegeben und unzertrennbar. Aber auch der Zusammenhang zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Minister würde dadurch ja in keiner Weise gestört werden, daß der erstere vollständig aufhört Mitglied des preußischen Ministeriums zu sein. Wie ist der Geschäftsbetrieb im Bundesrathe? Die Faktoren, welche den Haupteinfluß auf die Vorbereitung der Vorlagen für den Reichstag haben, sind die Ausschüsse des Bundesraths. In jedem dieser Ausschüsse hat, wenn Se. M. der Kaiser es nicht ausdrücklich anders befiehlt, der preußische Minister des betreffenden Ressorts, oder einer der höchsten Vertrauensbeamten des Ministeriums den Vorsitz. In der Sitzung des Bundesrathes findet sich wieder das preußische Ministerium in seiner Majorität zusammen und arbeitet dort und in seinen Ausschüssen unter Vorsitz des Reichskanzlers mit den übrigen Ministern. Die Bänder, die beide Organisationen an einander befestigen, sind also viel stärker, als man äußerlich anzunehmen pflegt und als unsere deutsche Presse zu meinem Erstaunen angenommen hat, in der ganzen Diskussion dieser Frage. Wenn der Reichskanzler also, um ernannt zu werden um in seinem Amte zu bleiben, nothwendig das Vertrauen Sr. M. des Kaisers haben muß, in Folge dessen Sr. Maj. dem Könige und dessen Ministern keine persona ingrata sein wird, so hat er nach der Verfassung außerdem Mittel des Einflusses und der Macht, die die Frage, ob der Zusammenhang nothwendig ist und durch welche Mittel er gesucht und gefördert werden kann, dem preuß. Ministerium ebenso nahe, ja fast noch näher lägen, wie dem Reichskanzler, wenn er sich des Vertrauens der Mehrheit der Regierungen, die im Bundesrath vertreten sind, versichert, wenn er dabei das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu gewinnen weiß — und das wird für ihn ein ebenso nothwendiges Bedürfniß sein, da er nach der Verfassung derjenige Beamte ist, der den Vorsitz im Bundesrath führt und als Vertreter der Bundesregierungen vorzugsweise vor dem Reichstage die Dinge zu vertreten hat — wenn er diese Eigenschaften in sich vereinigt, so ist dadurch eine Lage gegeben, bei der Sie viel eher sich im preußischen Ministerium erkundigen können: Verliert ihr auch nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler?, als daß Sie Veranlassung haben, den Reichskanzler zu fragen: Verlierst Du auch nicht die Unterstützung des preußischen Ministeriums? Der Reichskanzler kann ein Gewicht durch andere Elemente gewinnen, welches viel stärker ist, als Disposition über die 17 preußischen Stimmen, und daß ihm die entgehen sollten, so lange er der Haupt-Vertrauensmann Sr. Majestät des Kaisers ist, ist eigentlich irte. so wird er doch immer in der Lage sein Seiner Majestet dem Könige von Preußen als Stimmführender für Preußen so lange er es bleibt, Vortrag zu halten und wenn er es nicht mehr wäre, Sr. M. dem Kaiser als dessen Kanzler und Haupt-kaum denkbar; auch dann, wenn er sie nicht selber führte und instru vertrauensbeamter — denn das muß er sein, wenn er seinen Platz erfüllen soll, Vortrag über diese Dinge zu halten und es ist sehr unwahrscheinlich, daß, wenn der Reichskanzler gegen die Neigung, eine divergirende Neigung der preußischen 17 Stimmen bei Sr. M. dem Kaiser Protest einlegte, es faktisch ausführbar sein würde diese 17 Stimmen, die gegen den Willen Sr. M. des Kaisers nicht abgegeben werden können, gegen den Willen des Reichskanzlers — es kann ja einmal vorkommen, aber nicht dauernd, das ist meiner Ansicht nach unmöglich — abgegeben werden. Dies würde immer zu einem Wechsel in der Person des Reichskanzlers oder zu einem Wechsel in den Personen des preußischen Ministeriums führen müssen. Ich kann deshalb nach dieser ganzen Situation die Anfrage des Herrn Vorredners dahin beantworten, daß mein Bleiben in dem jetzigen preußischen Kabinet, in der Eigenschaft als Mitglied, wenn auch nicht als Vorsitzender, doch beweist, daß mein Entschluß sich nicht geändert hat dieses preußische Ministerium gerade in derselben Weise mit meinen Kräften zu unterstützen, als ob ich sein Vorgesetzter wäre, vielleicht in einer besseren, indem ich das Odium, welches der Vorsitz und die Einwirkung immer gelegentlich hat, nicht mehr besitze. Darüber kann ich die ganz bestimmte Versicherung geben, daß das mein Wille und meine Absicht ist, nur mit etwas weniger Arbeit als früher, und ich muß leider sagen, mit etwas weniger unfruchtbarer Arbeit wie früher. Mei Gewicht im Ministerium wird dadurch, daß ich von den formellen Arbeiten und von der formellen Verantwortlichkeit erlöst bin, immer nach wie vor darauf basiren, ob es mir dauernd gelingt, das Vertrauen der Mehrheit meiner Herren Kollegen mir zu bewahren und Sie können ganz gewiß darauf rechnen — und darin steht mein Entschluß ganz fest, daß, wenn dieser Wechsel in den Personalverhältnisse des Ministeriums ein Wechsel in der Richtung und in einer meiner früheren Politik feindlichen Richtung bedeutet hätte, keine Macht der Welt mich hätte bewegen können, meine Antecedentien von zehn Jahren zu verleugnen und, nur etwa um auswärtiger Minister zu bleiben, diesem selben Kabinet anzugehören, und so lange ich diesem angehöre, können Sie mit Sicherheit darauf rechnen, ist das der Beweis, daß dieser Weg, diese Richtung in der Hauptsache nicht verlassen wird, wenn ich mich auch um die Details zu meiner großen Erleichterung weniger zu bekümmern haben werde.

Was den Etat des auswärtigen Ministeriums selbst betrifft, so glaube ich, es würde Ihnen nicht nur aus dem nationalen Gesichtspunkte erleichtert, diesen Positionen zuzustimmen, sondern es würde auch eine viel richtigere und sachlichere Bezeichnung sein, wenn man den Titel dieses Ministeriums wechselte und es beispielsweise statt „auswärtiges Ministerium“ „Ministerium für die Reichsangelegenheiten“ nannt oder „für die Deutschen Angelegenheiten“, wie man will. Die Bearbeitung des Zusammenhanges des Preuß. Staates mit dem Deutschen Reiche ist immer — wir haben bisher keinen andern Ausdruck dafür — für Preußen territorial eine äußere Angelegenheit, insofern als dies Verhältnisse berührt, die die Preuß. Grenzen überschreiten. Ich kann nicht anders sagen, als daß mir dieser Ausdruck ein unwillkommener ist und ich ihn mit einem gewissen Widerwillen gebraucht habe, weil ich gewohnheitsmäßig dafür halte, daß auswärtige Angelegenheiten in Deutschland nie anders sein sollte wie jenseits der deutschen Grenzen, (Bravo!) und es wäre vielleicht nützlich, obschon ich nicht weiß, ob es ausführbar sein wird — sehr wesentlich ist es allerdings nicht, es ist eine Form — wenn man die Rubrik, die Ueberschrift dieses Ministeriums dahin ändern wollte, wogegen ich meinerseits nichts einzuwenden hätte. — Es muß meines Erachtens, mag es nun der Reichskanzler sein oder ein anderer, im preußischen Ministerium einen Minister geben, dessen Aufgabe es vorzugsweise ist, den Zusammenhang mit dem Reich innerhalb des Preuß. Ministeriums zu kultiviren und sich von jedem Partikularismus, auch dem des Ressorts, frei zu halten. Diese Aufgabe, mit der nach altem Herkommen die Instruktion der Gesandten verbunden ist, fällt augenblicklich dem preußischen Minister der auswärigen Angelegenheiten zu, weil wir einen andern Titel dafür nicht haben, und weil der augenblicklich zugleich Reichskanzler und preußischer Bevollmächtigter im Bundesrathe ist; aber auch wenn diese Eigenschaften noch getrennt werden sollen und der Reichskanzler nicht mehr Mitglied des preußischen Ministeriums bliebe, was ihn, wie ich mir vorhin zu entwickeln erlaubte, seines Zusammenhangs mit Preußen wesentlich berauben, seine Stellung aber innerhalb der Reichsgliederung freier und annehmbarer hinstellen würde — selbst wenn das geschähe, würde es immer einen Minister für die dentschen Angelegenheiten im preußischen Ministerio geben müssen, der das Ressort hat, die preußischen Stimmen zu instruiren, mag diese Instruktion eine selbstständige, nach Befehl Sr. Majestät von dem Minister ohne Zuziehung seiner Kollegen ertheilte sein, wie es immer der Fall ist, wo überhaupt ein Ressort selbstständig handelt, in dem der Minister die Solidarität der übrigen Minister nicht zu verlangen hat, oder mag er genöthigt sein, wenn die Sache wichtig genug ist, wenn sie zurückgreift auf die inneren Verhältnisse Preußens, sich durch Majoritätsbeschluß seinen Kollegen in Stand zu setzen, daß er instruiren kann. Es wird immer einen solchen Minister geben müssen. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, den Etat der auswärtigen Angelegenheiten heute aufzufassen und ihn nicht als partikularistischen Ueberrest speziell preußischer Politik zu betrachten, sondern ihn als diejenige Maschinerie anzusehen, vermittelst deren Preußen seinen Kontakt und seine Beziehungen mit dem Reiche nicht nur, sondern auch vor der Entscheidung des Reiches mit den einzelnen Gliedern des Reiches zu erhalten und zu pflegen sucht. Daß ich dies, so lange ich eins dieser bedeutenden Aemter behalte, ganz in der Weise und durchaus in der Richtung thun werde, die in früheren Jahren Ihre Billigung gehabt hat, das versichere ich hiermit nochmals ausdrücklich, und davon wollen Sie überzeugt sein. (Lauter, lebhafter Beifall.)

Abg. Virchow: Die Forderung des Herrn Reichskanzlers daß ein Reichskanzler aus einem anderen deutschen Staate, der das Vertrauen des Kaisers besitzt, einen solchen Einfluß auf die Politik des preußischen Ministeriums üben könne, daß eine vollkommene Harmonie zwischen ihnen existire, scheint mir etwas zu weit zu gehen. Ich war immer der Meinung, daß der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident eigentlich immer dieselbe Person sein müßten, und der Herr Reichskanzler hat ja selbst seiner Zeit dieselbe Meinung ausgesprochen; er betrachtete dies damals als selbstverständlich, bis er sich überzeugt hat, daß diese Stellung einen Haken habe. Es haben sich Dissonanzen herausgestellt, welche ihn veranlaßten, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Ich meine, es wäre an der Zeit gewesen, die Konsolidation des preußischen Ministeriums in der Weise vorzunehmen, daß die Einträchtigkeit und kraftvolle Einmüthigkeit erreicht wird, welche ihm bisher fehlte. Unsere Wünsche gehen dahin daß ein Ministerium, welches die öffentlichen Geschäfte leitet, aus einer Zahl nach gleichem Ziele strebender Männer bestehe, von denen Jeder auf den Andern rechnen kann; daß in demselben der Ministerpräsident die erste und entscheidende Stellung hat und ihm zuwider keine Beschlüsse gefaßt werden. Vielleicht wird uns bald ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums vorgelegt. Auch heute hat uns der Herr Reichskanzler auf Englands Einrichtungen verwiesen, trotzdem er recht gut weiß, daß sie nicht ganz zutreffen. Wenn bei uns das Ministerium aus der Majorität des Hauses hervorginge und eine andere Zusammensetzung gar nicht möglich wäre, dann ließe man sich manches Absonderliche gefallen; was uns jetzt beunruhigt, ist ein Akt, der nicht an englische, sondern an russische Einrichtungen erinnert, nämlich die Ernennung eines Adlatus, eine Erscheinung, die bis jetzt keine Pararelle gefunden hat. Der neue Ministerpräsident hat ebenfalls einen Adlatus bekommen, und wir haben befürchtet, es könne der Minister für Landwirthschaft und der für Handel ebenfalls einen bekommen (Heiterkeit). Das preußische Ministerium erschiene dann als ein großes Experimentirfeld, wir können die Adlatus hier nicht vorfordern und sie für ihre Schritte verantwortlich machen, wie wir dies mit den anderen Ministern können. Der Herr Reichskanzler kann aber selbst in Ungelegenheiten kommen, denn er kann den Staatsminister Delbrück nicht für alle Fälle so instruiren, daß er immer so stimmt, wie er es grade im Sinne des Reichskanzlers thun sollte; er kann auch bei den Berathungen seine Meinung ändern und anders stimmen, als ihm vorgeschrieben ist, weil er seinen Chef von seiner Meinung zu überzeugen gedenkt. Eine Verantwortlichkeit hat er in dieser Beziehung gar nicht, wenigstens nicht uns gegenüber, sondern nur gegenüber dem Fürsten Reichskanzler. Ueberhaupt aber sollte eine so große Umänderung gar nicht vor sich gehen, ohne daß die vollste Klarheit darüber geschaffen und der Volksvertretung die Möglichkeit geboten wird auf eine wirkliche Ordnung der Verhältnisse einzuwirken. Wir sind ja in Beziehung auf unsere Forderungen, so weit es die konstitutionelle Praxis betrifft, möglichst bescheiden geworden. Aber volle Klarheit müssen wir haben, damit man weiß, wo man zu fordern hat. Die gegenwärtige Art, große Veränderungen von tief einschneidender Wirkung zu machen, ohne jede weitere Erklärung, scheint mir nicht verträglich mit einer wirklichen parlamentarischen konstitutionellen Entwickelung. Wir haben deshalb die Ansicht gehabt, daß man die Angelegenheiten in diesem Hause zur Sprache bringen und eine definitive Erklärung fordern müsse.

Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat zunächst vor seinem in die Zukunft blickenden Auge sich das Gespenst eines den preußischen Staat vergewaltigenden Reichskanzlers aus den übrigen Gliedern der deutschen Nation gedacht. Ich glaube, dies ist eben ein Gespenst und die Fähigkeit, es zu sehen, beruht doch auf einem stärker gefärbten Anfluge von Partikularismus, als ich dem Herrn Vorredner bisher zugetraut hätte. (Heiterkeit.) Denn die Frage, wie die Machtstellung zwischen dem Reiche und den einzelnen Staaten sein soll, ist ja eine, die durch die Reichsverfassung festgestellt ist und durch die weitere gesetzgebende Thätigkeit des Reiches die Kompetenzerweiterung, zu der das Reich ermächtigt ist, mit der Zeit ihre Erledigung finden wird und kann, und sollte nun die Befürchtung eintreten, daß die Reichsregierung so mächtig wird, daß ein so starker Staat wie Preußen sich vor dem überwiegenden Einflusse des Reiches zu fürchten anfängt, so habe ich immer geglaubt, das wäre eins von den Idealen, denen mein Vorredner entgegenstrebt. (Heiterkeit.) Landsleute sind wir Deutsche doch alle und das bekämpfe ich eben in diesen Dingen, dieses Betonen der Scheidung, dieser Reichskanzler, möge er nun ein Preuße oder Baier sein, uns steht er nur als Deutscher gegenüber und das rein Deutsche im Reichskanzler mehr und mehr zu accentuirden, dazu erachte ich eine gewisse Loslösung, eine Herausschälung desselben aus der ganzen Vegetation, die sich im preußischen Leben an ihr angesetzt hat, für nothwendig. Ich glaube, daß das auch weiter befolgt werden muß, wenn wir zu einer richtigen Reichseinheit kommen wollen. Der Schutz für die preußische Verfassung liegt in Sr. M. dem Kaiser und Könige, daß die beiden Organismen einen gemeinsamen Ministerpräsidenten bisher gefunden haben, das war der Ursprung, das sollte aber für die Dauer doch nicht festgehalten werden, denn ein Reichskanzler und Ministerpräsident, dem die Sache durch Berücksichtigung der Zustände und durch das Entgegenkommen einiger, wenn nicht aller Parteien, so sehr erleichtert werden wie mir, der so sehr den Vortheil hat des frischen Eindrucks der Ereignisse in einer erfreulichen Neubildung, wird sich auch so leicht nicht wieder finden, es wird vielleicht fähigere, besser geschulte und arbeitsfähigere Leute geben als ich, das gestehe ich ein, aber sie werden nicht getragen sein von der Neuheit der Ereignisse und man wird ihnen mehr Schwierigkeiten bereiten, einen solchen Geschäftsumfang zu bewältigen, wie er mir bisher oblag, jedenfalls glaube ich aber nicht, daß es

(Fortsetzung in der Beilage.)

einer anderen Persönlichkeit gelingen wird, mit dem vollen Gefühl der Ehrlichkeit nnd Verantwortlichkeit hintreten zu können, wie ich es kann. (Zustimmung.) Der Herr Vorredner hat mich in einer Beziehung doch nicht verstanden: ich habe von Dissonanzen, von dem, was man darunter gewöhnlich versteht, nicht gesprochen, sondern nur von dem Uebermaß der Geschäfte, die auf mir lasten; Dissonanzen, die mich zum Ausscheiden veranlaßten, haben gar nicht stattgefunden. Ich habe mich innerhalb des Ministeriums bei durch Abstimmung zur Entscheidung gebrachten Fragen jederzeit, wie ich glaube, auf Seiten der Majorität befunden, und es ist auch nicht der Grund, daß ich irgendwo überstimmt worden wäre, daß Beschlüsse, die mir zuwider wären, gefaßt wären, vielleicht aber der, daß ich nicht Alles durchsetzen kann, was ich wünsche — ich bin darin vielleicht zu sanguinisch und zu rasch — wenigstens nicht mit dem Aufwande von Mitteln, die mir bei meiner sonstigen Thätigkeit als Ueberschuß verbleiben. Ob es nützlich ist, dem preußischen Staate eine andere Verfassung, auch in dieser Beziehung mehr der englischen ähnlich, zu geben, und ich glaube, der Herr Vorredner erstrebt einen solchen Zustand, so sind wir denselben näher gekommen, wenn ich auch nicht glaube, daß wir ganz zu denselben gelangen werden, dazu sind die Nationen in ihrer ganzen Zusammensetzung zu verschieden. Es kann ja sein, daß man es für wünschenswerth hält, daß das preußische Ministerium anders organisirt werde, daß unser Staatsrecht geändert werde, daß unserem Ministerpräsidenten die Befugniß, wie sie etwa der Präsident des Regierungskollegiums hat, das Inhibiren, das Veto, auf königliche Entscheidung hin, beigelegt wird: das Alles ist aber bisher nicht zutreffend. Ich kann aber so rasch die Dinge nicht ändern, wie meine Kräfte verbraucht werden, ich muß meine Aenderungen richten nach den Dingen, wie sie bis jetzt liegen, und der richtige Ausdruck der jetzigen Verfassung wäre eigentlich der, daß man den Titel des Ministerpräsidenten, der nichts weiter bedeutet, ganz fallen ließe und lediglich nach dem Prinzip ginge, daß unter diesen gleichberechtigten 8 Personen jeder Art der Aelteste den Vorsitz führt. Soll aber der Titel des Ministerpräsidenten irgend etwas sich der Idee, die man sich von seinem Ansehen und seinem Einflusse macht, Näherndes gewinnen, dann erfordert es nach der heutigen Lage einen solchen Aufwand an Arbeit, an Beeinflussung und Ueberredung der übrigen Ressorts, daß derjenige, der Ministerpräsident ist, gar nichts anderes nebenher thun kann, als immer nach dem Ende eines jeden Tages sich mit seinen Kollegen zu beschäftigen, wenn er hinter den Aufgaben, die er sich gestellt hat, zurückgeblieben ist. So gering sind die Mittel: man muß entweder die kollegiale Verantwortlichkeit rein festhalten und sich nicht daran kehren, wer Minister ist und nicht das Geringste an größerer Verantwortlichkeit, keine höhere Verantwortlichkeit ihm zuweisen als jedem andern Kollegen, oder man muß diesen, wenn man ihn stärker als den andern zur Verantwortung ziehen will, neben den jedesmaligen Ressortministern in erster Linie mit andern Mitteln ausstatten, womit ich immer nicht behaupten will, daß einer auf die Dauer gleichzeitig die Stellung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident zu seiner eigenen Befriedigung versehen wird. Der Herr Vorredner hat bedauert, daß das Ministerium nicht bei dieser Gelegenheit eine Modifikation und Vervollständigung erfahren hat. M. H., ich glaube, das wäre sehr unzweckmäßig gewesen, und ich habe das nach Kräften zu verhindern gesucht, daß eine Aenderung eintritt. Der Herr Vorredner meinte, es wäre eine ganz gewaltige einschneidende Aenderung, dann ist die Arbeit der ersten 14 Tage verfehlt gewesen. Ich habe mich bemüht, dahin zu wirken, daß wo möglich gar keine Aenderung statifinde. Der jetzige Ministerpräsident ist mein ältester Kollege insofern, als er vor mir in dem Ministerium bereits war, er ist ein Freund von meiner frühesten Jugend her und zwischen uns ist vollständige Offenheit und gegenseitiges Vertrauen. Ich bin vollständig überzeugt, daß er seinerseits das Ministerpräsidium nicht weiter führen möchte, wenn er die Weiterführung um den Preis eines politischen Bruches mit mir erkaufen sollte — das volle Vertrauen habe ich zu ihm, dies habe ich zu wenigen andern Leuten (Heiterkeit) außerhalb des jetzigen Ministeriums, meine Herren (erneute Heiterkeit). Ich glaube, es handelt sich um Vervollständigung von außerhalb her. Nehmen Sie also an, Se. Majestät hätte einen neuen Ministerpräsidenten von außerhalb ernannt, ich wüßte nicht, wer das aus denjenigen Kreisen, mit denen ich überhaupt bisher habe enger zusammenleben können, sein sollte, es müßte nothwendig ein mehr oder weniger Fremder sein, und dann wäre ich nicht sicher wie diese Dinge weiter geführt worden wären. Nehmen Sie doch an, daß in dieser Periode, in der ich zu den Geschäften zurückkehrte, einer von den bisherigen Mitgliedern des Ministeriums ausgeschieden wäre — der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat es aus Gesundheitsrücksichten gethan — nehmen Sie an, daß Jemand aus politischen Rücksichten, die man einem andern vielleicht doch immer untergeschoben hatte, ausschiede, sei es so, als ob dieses Ausscheiden eine Zensur des Verhaltens der k. Regierung und der darin bleibenden übrigen Kollegen enthielte — sei gewissermaßen ein Protest mit Abreise, mit dem Ausscheiden verbunden — lag nicht darin ein stummer Protest, vor allem ein vielleicht recht schweres Gewicht und Zeugniß gegen die zurückbleibenden Kollegen? Oder lag darin nicht vielleicht ein Symptom für die ganz unberechtigte Voraussetzung, daß Se. Majestät in Bezug auf gewisse Regierungsmaßregeln andern Sinnes geworden sei? Beides könnte man annehmen, je nachdem auf der einen oder andern Seite ein Austritt aus dem Kabinet stattfand. Ich habe es daher für meine angelegentlichste Aufgabe gehalten, den jetzigen Personalbestand des Kabinets über diese Krisis hinüberzuführen, so daß aus einem Ausscheiden keine Rückschlüsse auf Meinungsverschiedenheiten, sei es zwischen Sr. Majestät und den Räthen der Krone, sei es innerhalb des Ministeriums, gemacht werden konnten. Gerade Angesichts der wichtigen Aufgaben, die auch Ihnen vorliegen, schien es mir von der höchsten Wichtigkeit, das bisherige Ministerium diesen Aufgaben in möglichster Geschlossenheit entgegenzuführen, und ich glaube, wir werden die Wirkung davon in den Resultaten bei den Abstimmungen nicht zu bereuen haben. Die Vervollständigung des Ministeriums aus der Majorität der Kammer — ja, meine Herren, das ist sehr viel leichter gesagt, als gethan. Um das zu thun, muß man eine konstante Majorität haben. Wo ist bei uns diese Majorität, dieses Arkanum des ganzen Systems? Das war in England sehr leicht; so lange es nur zwei Parteien gab, die Whigs und die Thories, war es ein einfaches Rechenexempel; man zählte nach und die Majorität bekam die Verwaltung. Das ist auch in England jetzt nicht mehr thunlich, ich halte es für ein wesentliches Motiv, warum die englische Regierung in ihrer inneren Verwaltung nicht mehr dieselbe konstante Energie zeigt, wie früher. Es giebt jetzt wenigstens fünf Fraktionen, mit denen gerechnet werden muß; von denen man schon mehrere zusammengreifen muß, um überhaupt eine Majorität zu erzielen, eine Majorität, die schwankend wird, indem gewöhnlich nur eine, oft auch keine dieser Fraktionen mit dem ganzen Bestande des Ministeriums gänzlich einverstanden ist. Man kommt sehr viel leichter an die Grenze des gemeinsamen Territoriums, auf dem sich ein solches Koalitions-Ministerium überhaupt nur behaupten kann; das Gebiet wird ein sehr viel engeres. Wir sind meines Erachtens bisher überhaupt nicht in der Lage, ein Parteiministerium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvernementalen — gestatten Sie] nach meiner ganzen Herzensauffassung den Ausdruck, königlichen Charakter tragen. (Bravo! rechts.) So wie Sie in ein Parteiministerium kommen, werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die von ihm und seiner politischen Auffassung ausgehende Emanation ist parteilos, und in dieser Stellung über den Parteien; auf dieser Höhe der Krone muß die Regiernng in Preußen gehalten werden. Es kann nothwendig sein, je nach dem gouvernementalen Gefühl Sr. Majestät und der Regierung, diesmal mit einer, dann mit der andern Partei zu gehen. In England wird solcher Unterschied gewöhnlich durch einen Ministerwechsel charakterisirt. Sollen reaktionäre Maßregeln getroffen werden, so übernimmt die liberale Partei das Ruder aus der richtigen Voraussetzung, daß sie die nöthigen Grenzen nicht überschreiten wird; sind liberale Maßregeln zu treffen, so tritt vorzugsweise die konservative Partei an's Ruder (Heiterkeit), aus derselben Rücksicht. Bei uns sind die Parteigegensätze noch zu schroff, und das staatliche Gefühl, das Gefühl, daß jedes Individuum für die Regierung und für die gute Regierung des Staates auch außerhalb und unabhängig von der eigenen Partei verantwortlich bleibt, daß ist bisher nicht in dem Maße, wie in England, ausgebildet, wenn ich auch nicht leugne, daß man in den letzten 20 Jahren bei uns hierin immense Fortschritte gemacht hat, und wir auf bestem Wege sind, daß Niemand unter uns mehr sagt: es soll nach meiner Meinung geschehen, ob auch die Welt darüber zu Grunde geht. Jeder fängt an, die Nothwendigkeit der Forteristenz der geordneten Regierung Rechnung zu tragen, wenn er nicht einer Partei angehört, die grundsätzlich diesen Staat wie er gerade ist, negirt, weil er nach ihrer Meinung überhaupt nicht existiren sollte. Ich muß nun, obgleich ich mich durch den Herrn Vorredner habe verleiten lassen, länger zu reden, als ich glaubte, noch eine Frage erwähnen, die er berührte, die des adlatus, was er eine russische Einrichtung nannte, was doch aber hier nicht zutrifft. Ich mußte dem Herrn Vorredner längere Zeit zuhören, bis ich mich überzeugte, daß mein Verhältniß zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes auch in dieser Natur aufgefaßt wird. Ich glaubte, es wäre immer von der neuen Einrichtung im Kriegsministerium die Rede, die eben darin ihren Grund hat, daß Jemand außerhalb der Geschäfte des Ministerpräsidiums ein so umfangreiches Ressort nicht bewältigen kann. Was aber mein Verhältniß zum Herrn Minister Delbrück betrifft, und die Erlaubniß, die ich durch allerhöchste Ermächtigung erhalten habe, mich auch in meiner Abstimmung unter Umständen durch ihn vertreten zu lassen, so kann ich nicht vorausschicken, daß ich glaube in der Lage zu sein, Alles, was dieser mein Kollege für mich etwa abstimmen sollte, zu ratihabiren, aber selbst wenn ich das nicht thäte, so ist ja die Abstimmung im Staatsministerium noch gar nicht der entscheidende und definitive Akt, durch welchen sich ein Minister an eine Maßregel bindet, das ist erst die Kontrasignatur. Wenn im Staatsministerium 5 gegen 8 abgestimmt ist, und es ist zu Protokoll genommen, und dieses Protokoll ist von allen unterschrieben, so bleibt nichtsdestoweniger jedes Mitglied der Majorität in der Lage, seinen Kollegen von Neuem zu berufen und zu sagen, ich habe mich damals geirrt, ich habe dieses oder jenes voraus erfahren, ich habe dieses oder jenes nicht gewußt, meine Abstimmung nehme ich zurück, sie gilt nicht, und ich kann den Akt, der aus dieser Abstimmung hervorgehen wird, nicht kontrasigniren. Erst wenn er das gethan hat, wenn er seine Unterschrift zu der Sr. M. des Königs gesetzt hat, erst dann ist der verfassungsmäßige Akt vollzogen, erst dann übernimmt der Minister seine Verantwortlichkeit. Es würde außerordentlich unbequem sein, wenn irgend ein Minister einen zu häufigen Gebrauch von diesem formellen Rechte machte, und die anderen würden schließlich sagen, wir wünschen eine Aenderung in diesem Geschäftsgange oder in dieser Person. Aber das Recht kann meines Erachtens keinem Minister verwehrt werden, daß er sagt, an diese Abstimmung will ich nicht gebunden bleiben. Durch welches Mittel ich nun meine Abstimmung abgebe, hat eigentlich mit der Uebernahme der Verantwortlichkeit durch die Kontrasignatur Nichts zu thun, ich könnte es ja schriftlich thun, wir sind nicht in der Lage einen Abwesenden zu präkludiren, wenn ein schriftliches Votum vorliegt; es würde nichts helfen, er würde sagen: ich kontrasignire nicht, — das ist keine Anforderung, zu der Jemand körperlich gezwungen werden kann. Und so würde er in den seltenen Fällen, wenn der zu meiner Vertretung ermächtigte und mit mir im vollsten Einverständniß und im Besitz meines vollsten Vertrauens befindliche Kollege, — in einer wichtigen Sache wird es nicht vorkommen — in einer unwichtigen sich zu etwas verstanden hätte, was ich in keiner Weise verantworten könnte, so würde die Möglichkeit ja gar nicht ausgeschlossen sein, daß ich vor der Unterschrift sagte: das kann ich nicht ratihabiren. Indessen der kommt nicht vor, denn gewöhnlich sind die Dinge, auf die man Werth legt, doch vorher vollständig in Fragen formulirte und man hat sein Ja und Nein zu sagen, und wenn Meinungsverschiedenheit zwischen uns wäre, zwischen dem Herrn Minister Delbrück und mir, so würde ich zweifelhaft sein, ob er die Sache nicht besser verstanden hat als ich und würde unter Umstäuden seinem Urtheil mich fügen.

Ich kann nur zum Schluß wiederholen, daß der Vorredner die Wirkungen der Personalveränderung, die stattgefunden, überschätzt hat, und ich ergreife gern die Gelegenheit, meinerseits dahin zu wirken, daß dieser Ueberschätzung nicht weiter Raum gegeben wird, daß namentlich die wunderlichen Sachen in den Zeitungen, als wenn ich das Opfer irgend welcher Intrigue gewesen und hinausgedrängt wäre, widerlegt werden. Ich habe Se. Maj. den König sehr lange bitten müssen, ehe mir diese Erleichterung gewährt wurde; ich habe den jetzigen Ministerpräsidenten sehr lange bitten müssen, daß er sein Abschiebsgesuch zurücknahm, und Se. M. der König hat durch ein Wort, das auf einen Soldaten nie seinen Eindruck verfehlt, diese meine Bitte verwirklicht und ich bin herzlich erfreut, daß er sich dazu verstanden hat, diese arbeits- und mühevolle, und wie ich fürchte, auf die Dauer wenig dankbare Stellung in seinem hohen Alter zu übernehmen, und ich möchte Sie bitten, die Unterstützung, die Sie dem Ministerium unter meinem Präsidium gewährt haben, ihm auch unter dem jetzigen Präsidium nicht zu versagen; denn es ist in der That kein anderes. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Der Etat des auswärtigen Amtes wird genehmigt.

Es folgte die Berathung des Justizetats, welcher abschließt in den Einnahmen mit 14,000,000 Thlr., in den laufenden Ausgaben mit 19,459,530 Thlr., in den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 696,900 Thlr. Der Referent der Kommission Abg. Lasker verweist zur Einleitung der Kommission auf das langjährige Bestreben eine Reorganisation der Gerichtsverfassung und der Prozeßordnung herbeizuführen. Dieses Bestreben sei dadurch unterbrochen, daß die Reichsverwaltung diese Veränderung in die Hand zu nehmen beabsichtigt. Wie weit dies geschehen, wäre vielleicht der Justizminister in der Lage genaue Auskunft zu geben. Es sei durchaus nothwendig, daß die gerichtliche Einigung für ganz Deutschland nicht allein in der Prozeßordnung sondern auch in der gesammten Gerichtsorganisation herbeigeführt werde. Er beantrage deshalb: die Staatsregierung aufzufordern 1) darauf hinzuwirken: a. daß die Gerichtsorganisation für das Deutsche Reich ohne Verzug ins Leben gerufen werde; b. daß eine erhebliche Verminderung der Richterzahl, sowie ferner eine sehr umfangreiche Verminderung der Subaltern- und Unterbeamten als wesentliche Grundzüge der künftigen Gerichtsorganisation anerkannt werden, 2) in Zusammenhang mit der Durchführung der künftigen Gerichtsorganisation in Preußen, eine umfassende Revision der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Justizbeamten zu vollziehen.

Abg. Dr. Windthorst. (Meppen.) Es gehöre nicht zu den in der Verfassung des deutschen Reiches festgesetzten Bestimmungen die Gerichtsorganisation sondern nur die Kommunal- und Zivilprozeßordnung. Herr Lasker wolle durch seinen Antrag nichts weiter erreichen, als einen Beschluß des Abgeordnetenhauses herbeizuführen, der ihn in den Stand setzt, seine im Reichstag bereits vielfach zu Tage getretenes Bestreben die gesammte Gerichtsorganisation und Rechtspflege zur Reichssache zu machen, endlich zu verwirklichen. Die preußische Landesvertretung habe gar keine Veranlassung, die Regierung in die Bahnen zu drängen, welche sie von ihren Rechten ganz und gar entkleiden und sie schließlich auf die Reichsverwaltung zu übertragen. Er bitte die Anträge der Referenten abzulehnen.

Justizminister Dr. Leonhardt erklärt sich im Prinzip mit dem Antrag unter 1. einverstanden. Die Reform der Rechtpflege in dem deutschen Reiche habe allerdings eine Verzögerung erlitten, die aber durch die Sache selbst bedingt war. Denn die Reorganisation der Prozeßordnung sei für den Norddeutschen Bund begonnen und mußte in Folge der politischen Ereignisse später auf das deutsche Reich ausgedehnt werden. Es sei über den Gerichtsorganisation bereits auch eine Verständigung über die wichtigsten Prinzipien zwischen den einzelnen Regierungen zu Stande gebracht und eine Konferenz mehrerer Justizminister anderer deutschen Staaten mit dem preußischen Justizminister habe vor Kurzem hier stattgefunden. Diese Besprechung sei eine vertrauliche gewesen, er könne deshalb über ihr Ergebniß nichts mittheilen; er wolle jedoch hinzufügen, daß der ursprüngliche Entwurf der Gerichtsorganisation eine Umarbeitung erfahren habe, die demnächst veröffentlicht werden solle. — Der zweite Antrag des Referenten spreche das aus, wozu er sich schon seit mehreren Jahren hier im Hause bekannt und wiederholt ausgesprochen habe.

Abg. Dr. Bähr (Kassel) beantragt, den Satz 1b dahin abzuändern: b) Daß bei dieser Gerichtsorganisation, soweit die Interessen der Rechtspflege es gestatten, auf eine Verminderung der Richter, sowie der Subaltern- und Unterbeamten Bedacht genommen werde.

Nachdem noch der Abg. Miquel von dem Gesichtspunkt des Referenten dessen Anträge befürwortet und der Abg. Dr. v. Gerlach vom Standpunkte des preuß. Richters sich gegen dieselben ausgesprochen, resumirt der Abg. Lasker die Debatte, worauf der Antrag des Referenten angenommen und der Antrag des Abg. Bähr abgelehnt wird.

Ferner beantragt die Kommission, die königl. Staatsregierung aufzufordern, vom 1. April d. J. ab für den Zeitraum eines Jahres feststellen zu lassen, auf wie hoch der Stempel von der Eigenthumsübertragung von Immobilien durch Vertrag sich beläuft.

Dieser Antrag wird ohne Diskussion genehmigt, ebenso die verschiedenen Kommissionsanträge, welche Spezialisirung der einzelnen Etats wünschen. — Zu Kap. 73 der Ausgaben beantragt die Kommission: die k. Staatsregierung aufzufordern, schleunigst eine Gesetzesvorlage zu machen, welche in Ausführung der Vorschrift der Verf.-Urkunde die Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöfe anordnet.

Der Referent Abg. Lasker weist auf die Nothwendigkeit einer derartigen Vereinigung hin, welche durch die Rechtseinheit und Gleichheit geboten sei. — Der Justizminister Dr. Leonhardt weist darauf hin, daß diese Vereinigung binnen Kurzem schon von selbst erfolgen würde. Wenn aber das Haus dem Antrage zustimmen wolle, werde er sich beeilen, dem Beschlusse nachzukommen.

Nachdem noch der Abg. Bähr (Kassel) den Anträg bekämpft und den jetzigen Zustand für unbedenklich erklärt hatte, wurde derselbe angenommen. Die Positionen der Ausgaben wurden sodann bis Kap. 79 genehmigt und um 4½ Uhr ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. TO.: Gesetz über den Rechtszustand des Jahdegebiets, Gesetz über die Lösung von Jagdscheinen, Gesetz über die Weidegerechtigkeit in Hannover, Gesetz über die Theilung des Kreises Beuthen, (sämmtlich in dritter Berathung). Budgetberathung (Etats der Justiz-, Landwirthschafts- und Gestütsverwaltung.

Parlamentarische Nachrichten.

Es sind von Kommunalbeamten einer sehr großen Anzahl Städte der östlichen Provinzen Petitionen wegen einer allgemeinen gesetzlichen Regelung ihrer Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse an das Haus der Abgeordneten gelangt. In denselben wird zunächst auf die höchst ungünstige Lage der Kommunalbeamten an sich und insbesondere gegenüber den Staatsbeamten aufmerksam gemacht. Es werden die Vorzüge einer Anstellung auf Lebenszeit, wie sie bei Staatsbeamten stattfinden, der Normirung ihrer Gehälter nach allgemeinen Grundsätzen vor der Anstellung der Kommunalbeamten auf Zeit und der den bei ihren Besoldungen maßgebenden durchweg verschiedenen Vermögensverhältnissen der Kommunen und dem guten Willen der Vertreter dieser Kommunen stattfindenden Gehaltsfestsetzungen hervorgehoben. Es wird ferner auf die Unannehmlichkeiten der fortwährenden, peinlichen oft kleinlichen Kontrole und Kritik einer ganzen Ortseinwohnerschaft, denen die Kommunalbeamten unterliegen, gegenüber der geordneten, viel weniger lästigen Kontrole der Vorgesetzten im Staatsdienste und endlich auch noch darauf hingewiesen, das bei Staatsbeamten in allen Fragen der Besoldungen, Pensionirungen und Versorgungen von Angehörigen interesselose und daher unparteiische Behörden entschieden, während bei Kommunalbeamten diese Fragen durch betheiligte und durch besondere Verhältnisse der Kommunen geleitete Körperschaften entschieden würden. Die Aenderungen und Verbesserungen, welche die Petenten in ihren Anstellungs- und Gehaltsverhältnissen beim Abgeordnetenhause und durch dieses von der k. Staatsregierung beanspruchen, sind folgende: 1) die Wahl der besoldeten Oberbeamten (Bürgermeister, Stadträthe 2c.) erfolgt auf dreifachen Vorschlag der einheitlichen Gemeindevertretung oder vereinigten Gemeindekollegien durch die Bürgerschaft lebenslänglich, jedoch mit der Maßgabe, daß alle 12 Jahre seitens der letzteren auf Antrag der Vorschlagsbehörde oder des vierten Theils der Bürgerschaft die Pensionirung der Erwählten stattfinden kann. 2) die Wahl der berufsmäßigen besoldeten Unterbeamten der Gemeinden erfolgt durchgängig durch die einheitliche Gemeinde-Vertretung oder die vereinigten Gemeinde-Kollegien lebenslänglich. 3) Jede Gemeinde ist verpflichtet, für die Amtsführung und Besoldung aller von ihr angestellten berufsmäßigen besoldeten Beamten eine Anstellungs- und Besoldungsordnung zu erlassen, welche der Genehmigung der Regierung bedarf und gleichzeitig für beide Theile als das allgemeine vertragsmäßige Ueberkommen für die wechselseitigen Rechte und Pflichten hinsichtlich der bezüglichen Aemter gilt. 4. Die Aufsichtsbehörden sind jeder Zeit berechtigt, den Gemeinden eine Besoldung ihrer berufsmäßigen Beamten analog den entsprechenden Gehältern derjenigen Staatsbeamten zur Pflicht zu machen, denen sie in Bezug auf die Beschaffenheit und den Umfang ihrer Arbeitsleistungen gleichstehen. 5. Die Pensionirung der Gemeinde-Unterbeamten erfolgt nach denselben Grundsätzen, welche bei den unmittelbaren Staatsbeamten zur Anwendung kommen. 6. Die Staatsregierung wird geeignete Mittel ergreifen, um für die hinterbliebenen Wittwen und Waisen der Gemeinde-Beamten entsprechende Versorgungskassen einzurichten. — Die Kommission für das Gemeindewesen hat sich mit diesen Petitionen eingehend beschäftigt, sich indessen in allen Punkten den Vorschlägen ihres Referenten, Abg. Fritsch: die Petitionen durch Tagesordnung zu erledigen, — angeschlossen, da die in denselben angeführten Gründe nicht geeignet erscheinen, den Anträgen der Petenten Folge zu geben. — In Bezug auf die von den Petenten geforderten Aenderungen des bisherigen Wohlmodus bemerkt Referent, daß es außer Zweifel sei, daß die von den Antragstellern bei dem jetzigen Wohlmodus gefürchteten Parteiagitationen und Familienkoterien sich noch vermehren würden; wenn die Wahl einem wesentlich größeren Wahlkörper übertragen würde, und daß dabei der Zufall eine viel größere Rolle spielen könne, als wenn die Wahl durch die, sich ihrer Verantwortlichkeit für dieselbe wohl bewußten Stadtverordneten allein vollzogen wird. — Noch weniger stichhaltig aber seien die, für die Wahl auf Lebenszeit mit der in dem Antrage enthaltenen Modifikation angeführten Gründe. Wenn die Petenten für ihre Ansicht anführten, daß der gewählte Magistratsbeamte durch die prinzipielle Lebenslänglichkeit seiner Anstellung mit weit mehr Thatkraft und Freudigkeit seiner amtlichen Thätigkeit obzuliegen im Stande sei, so sei dies geradezu unrichtig. — Eine Anstellung, welche trotz der prinzipiellen Lebenslänglichkeit nach einem gewissen Zeitraum von den Wählern, sei es auch nur unter gewissen den Widerruf erschwerenden Voraussetzungen, rückgängig gemacht werden könne, sei in der Wirklichkeit keine lebenslängliche und jedenfalls nicht geeignet, dem betreffenden Beamten das Bewußtsein der Unabsetzbarkeit zu geben. —

Lokales und Provinzielles.

Posen, 27. Januar.

— Um dem Erzbischof-Grafen Ledochowski eine äußere Veranlassung zu geben, sich zu Gunsten der polnischen Sprache bei der Regierung zu verwenden, ist von einigen eifrigen Anhängern der ultramontanen Partei eine Petition an ihn entworfen worden, worin er ersucht wird, aus allen Kräften dahin zu wirken, daß die Verfügung des Unterrichtsministers, wonach der katholische Religionsunterricht an den höheren Simultanschulen der Provinz von Ostern ab in deutscher Sprache ertheilt werden soll, zurückgenommen werde. Diese Petition soll in allen Parochien der Provinz zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt werden und man hofft, daß sie mit Hilfe der Geistlichen massenhafte Unterschriften gewinnen wird. (Ostf. Z.)

— Dem Herrn Kreisschulinspektor Schwalbe in Krotoschin ist die Lokalschulinspektion über die katholische Schule in Schelejewo, Kr. Krotoschin und dem Herrn Kreisschulinspektor Fehlberg in Lissa die Lokalinspektion über die katholischen Schulen in Punitz, Drzewce, Gosciejewice, Rokossowo, Sarbinowo, Sizelec, Groß-Strelce, Bodzewo, Gra-

bonog, Michalowo und Zalesie im Kreise Kröben und über die katholische Schule in Lubonia, Kr. Fraustadt, übertragen worden.

— **Personalveränderungen in der Armee.** v. Theobald, Oberst-Lt. und Kommdr. des Garde-Fuß-Art.-Regts., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches unter Verleihung des Charakters als Oberst mit Pension und der Regts.-Regts.-Uniform zur Disposition gestellt.

— **Wegen unerlaubten Verlassens** der preußischen Staaten, um sich dadurch dem Dienste im stehenden Heere zu entziehen, sind von dem k. Kreisgerichte in Posen 502; vom k. Kreisgerichte in Grätz 82; vom k. Kreisgerichte in Kempen 258; vom k. Kreisgerichte in Wongrowitz 18 Personen zu 50 Thlr. Geldstrafe event. zu 4 Wochen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Das k. Kreisgericht zu Trzemeszno hat aus demselben Grunde wider 304 Personen Anklage erhoben.

— **Viehkrankheiten.** Unter den Schafen in Ober-Görzig, Kr. Meseritz, sind die Schafpocken und unter dem Rindvieh der Dominien Kaleje, Kr. Schrimm, und Golencin, Kr. Posen, die Lungenseuche ausgebrochen. Deßhalb sind diese Ortschaften für den Verkehr mit Schafen, Futter, Dünger, Fellen u. s. w. gesperrt worden. Dagegen sind die Seuchen in Naßlettel, Kr. Meseritz, Alt-Dąbrowo, Kr. Bomst, und Splawie, Kr. Posen, erloschen.

—y.— **Lissa**, 24. Jan. [Zur Reichstagswahl] ist bezüglich des von den Polen abgelehnten Konpromiß mit den deutschen Katholiken noch zu erwähnen, daß der betreffende katholische Kandidat der Ersteren Herr v. Unlock auf Bangen war, welcher sich der Zentrumspartei angeschlossen haben würde. Es fielen ihm 93 Stimmen zu.

—y.— **Lissa**, 24. Januar. [Musikaufführung. Vorträge. Handwerkerverein. Frauenverein. Personalien. Berichtigung.] Herr Kapellmeister Müller (58. Regim.) aus Glogau erfreute uns gestern mit seiner sehr braven Kapelle durch ein in allen Theilen überaus gelungenes Symphoniekonzert. Trotz des Mangels einer eigenen Militärkapelle ist für musikalische Genüsse hinreichend gesorgt. — In voriger Woche hielt Herr Dr. Swarzenski im Verein junger Kaufleute einen Vortrag: „Ueber den Schlaf" in physiologischer und psychologischer Beziehung; so manche Gesichtspunkte erweckten das lebhafteste Interesse bei den Zuhörern. Im Handwerker-Vereine zu Rawicz sprachen Hr. Apotheker Schumann über Gasbereitung, Herr Kreisbaumeister Hoffmann über Pisé-Bauten. Auch bei uns bestand früher ein Handwerker-Verein, der tüchtige Erfolge aufzuweisen hatte; seit mehreren Jahren ist derselbe aber aufgelöst; wie gewöhnlich hat der leidige Indifferentismus auch hierbei einen Motor abgegeben. — Der Frauenverein in Bojanowo hat im Jahre 1872 eine Gesammteinnahme von rund 416 Thlr. und eine Ausgabe von rund 332 Thlr. gehabt. Letztere wurde hauptsächlich zum Suppenkochen und zur Holz- und Brotvertheilung, zu Weihnachtsbescheerungen und Geldunterstützungen verwendet. Zu seinen vornehmlichsten Gönnern zählt die fürstlich Hatzfeld'sche Familie in Trachenberg, welche sehr bedeutende Geldbeiträge zu Vereinszwecken beisteuerte. Unser Frauenverein, der allerdings andere Tendenzen verfolgte, ist ebenfalls längst entschlafen; löblich war sein Streben, dem weiblichen Geschlechte in der Gesellschaft eine möglichst selbstständige Stellung zu verschaffen, ohne das Zerrbild der Emanzipation in seinen Kreis gezogen zu haben; schade, daß dieser Verein nicht mehr wirkt. Ein Institut erinnert jedoch noch an seine frühere Existenz; wir meinen den Kindergarten, der in recht erfreulicher Weise prosperirt. — Während der Landtagssession in Abwesenheit des Hrn. Kr.-Ger.-Direktors Gottschewski fungirt Herr Gerichtsassessor Dr. Norden als Hilfsrichter. — Einer Berichtigung bedarf ein Druckfehler im letzten Referate. Die Schwurgerichtssession beginnt erst am 10. Februar, und nicht, wie es dort hieß, am 10. Januar.

m **Schneidemühl**, 25. Januar. [Post.] Der Vorstand des hiesigen Postamts, Postdirektor Hauptmann a. D. v. Wulffen, ist vom 1. April c. ab in gleicher Eigenschaft nach Jauer versetzt. Der Abgang des überaus tüchtigen und beliebten Beamten wird allgemein bedauert. Vor einiger Zeit war der Oberpost-Inspektor Mende aus Posen hier anwesend. Sein Aufenthalt galt neben einer Revision des Postamts namentlich auch der nothwendig gewordenen Verlegung des Amts. Durch die nahe bevorstehende Eröffnung des neuen Eisenbahn-Empfangsgebäudes, durch den Umbau der Uscz'er Chaussee ist diese Verlegung zur Nothwendigkeit geworden. Da unsere Stadt nicht Ueberfluß an großen geräumigen Baulichkeiten hat, so ist die Verlegung, zumal auch hohe Miethen gefordert werden, sehr schwer durchzuführen. Die Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem definitiven Abschluß geführt, doch scheint das Projekt, nach welchem das Amt in dem bisherigen Gebäude bleibt, neben der Stadtpost-Expedition aber noch eine zweite im alten Eisenbahngebäude errichtet wird, die meiste Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Daß dieses Arrangement für das Postpersonal des ewigen Hin- und Herlaufens wegen höchst unangenehm wäre, ist klar.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 25. Januar ausgegebene Nr. 4 der „Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Japan II. — Hans Sachs und sein Wirken. Von Karl Blind. — Literatur und Kunst: Die Geschichte im Hofkleid. Von Ferdinand Lotheisen. — Musik-Kultus und allgemeine Bildung. Von H. Ehrlich. — Aus der Hauptstadt: Dramatische Aufführungen. Faust und die schöne Helene am Viktoriatheater. Von P. L. — Die Magnus-Ausstellung im Akademiegebäude. Von Ludwig Pietsch. — Offene Briefe und Antworten. An den Redakteur der „Gegenwart" Paul Lindau in Berlin. Von K. Heinzen. — An den Redakteur des „Pionier" Karl Heinzen in Boston. Von Paul Lindau. — Gegen Alfred Meißner's Artikel: „Mein stiller Miethsmann". Von M. Venetianer. — Bezüglich einer Tieckfeier. Von Wilhelm Petsch. — Notizen. — Inserate.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, 26. Januar. Bei nur sehr geringem Geschäft war die Stimmung im heutigen Privatverkehr eine feste. Kredit 203¾—⅞, Lombarden 116¼—¾, Staatsbahn 203¾—⅞, Kölnische 165¼, Rheinische 155¼, Galizier 105¼, Nordwest 132, Märk.-Posen 63, Rechte Oderufer 127, Laura 245, Dortmunder 173, Hörder 165, Pluto 225, Louise Tiefb. 118, Darmstädter 187¾, Provinzial 166, Bankverein 145½, Preuß. Bank 208, Essener Kredit 135, Rhein. Effekten 127, 1860er Loose 96½, Silberrente 65¾, Papierrente 61⅝, Frz. Rente 85⅝, Italiener 64¾, Türken 51⅞.

** **Deutsche Bank.** Die deutsche Bank hat der Regierung Vorschläge unterbreitet, betreffs der möglichst günstigen Verwendung derjenigen groben Silbermünzen, welche bei fortschreitender Einführung der Goldmünze dem Verkehr entzogen werden. Hierbei wurde das Augenmerk auf die ostasiatischen Länder gerichtet, welche Silberbarren in Zahlung nehmen, und scheint Silberreport nach den chinesischen und japanesischen Handelsplätzen beabsichtigt. Die deutsche Bank hat zahlreiche Verbindungen in Ostasien, und deshalb ist die Mitwirkung derselben bei erwähnter Angelegenheit in Aussicht genommen.

** **Ueber die Zulassung** der für die Wiener Ausstellung angemeldeten Kunstwerke werden besondere, von den Mitgliedern der deutschen Kunstgenossenschaft gewählte Prüfungs-Kommissionen Beschluß zu fassen haben. Solche Kommissionen werden errichtet in Berlin, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, München, Stuttgart und Weimar. Jedem deutschen Künstler bleibt die Wahl derjenigen Kommission, welcher er seine Werke zur Prüfung einsenden will, freigestellt. Die Kommissionen werden ihre Thätigkeit mit dem 25. Febr. d. J. beginnen. Als letzter Termin, bis zu welchem Ausstellungsgegenstände bei denselben eingesendet werden können, ist der 25. März festgesetzt. Inwieweit die eingegangenen Anmeldungen Berücksichtigung finden können, wird sich erst später übersehen lassen, da eine Erklärung des Generaldirektors der Ausstellung über den Umfang des dem Deutschen Reiche in der Kunsthalle zuzutheilenden Raumes noch immer nicht erfolgt ist.

Wien, 25. Jan. Die lombardische Bahn erzielte für das italienische Netz in der Woche vom 8.—14. Januar eine Mehreinnahme von 40,562 Fl., für das südösterreichische Netz eine solche von 106,870 Fl., hat mithin eine Gesammteinnahme von 147,432 Fl.

Wien, 26. Jan. Nach dem Berichte des Finanzausschusses des Reichsrathes, dessen Budgetberathungen in dieser Woche beendigt sein werden, übersteigen die Staatseinnahmeposten der ursprünglichen Annahme um 21 Millionen, weswegen der von der Regierung beabsichtigte Verkauf von 16 Millionen Renten unterbleibt.

Pest, 24. Januar. Hier eingetroffene englische Berichte melden, daß die ungarische Staatsanleihe von 54 Millionen trotz der günstigen Meinung im Publikum nicht überzeichnet wurde, weil die Gerichte betreffs des anglo-russischen Konflikts störend einwirkten.

Brüssel, 25. Jan. In der Generalversammlung der Aktionäre der Banque de l'union, Jacob Frères, hat sich, wie der „Etoile belge" meldet, eine so große Anzahl für das an die Regierung zu richtende Gesuch um Bewilligung eines Moratoriums ausgesprochen, daß die dazu erforderliche Majorität der Stimmen bei Weitem überschritten ist.

Bukarest, 25. Jan. Ein Generalsekretär der rumänischen Linien der Lemberg-Czernowitzer Bahn weilt gegenwärtig behufs Austragung mehrerer zwischen der Gesellschaft und der Regierung obschwebender Differenzen in Bukarest. Die vollständige Trennung der der Gesellschaft angehörenden Linien von denen der rumänischen Regierung ist eine beschlossene Thatsache.

Vermischtes.

* **Aus Lemberg**, den 20. d. wird der „Presse" mitgetheilt: „Ein hier erscheinendes Blatt schreibt: Ein beredtes Zeugniß von dem frommen Sinn unserer polnischen Brüder lieferte die jüngst im (hiesigen) polnischen Theater zur Aufführung gelangte Offenbach'sche Operette: „Die Großherzogin von Gerolstein." In dieser Operette spielte Herr Dobrzanski, der Sohn des sattsam bekannten „jugendfreundlichen" Redakteurs der Gazeta Narodowa, den Prinzen Paul und bot der Großherzogin (Fräulein Kwiecinska) als Geschenk zu den heiligen 3 Königen (den 6. Januar 1873, an welchem Tage diese Operette in Szene ging) drei aufgehängte Juden an. Zu bemerken ist, daß dieses feinsinnige Extempore stets Beifallssturm, Jubel und Gejohle des sehr zahlreich versammelten „intelligenten" polnischen Publikums hervorruft."

* **Für eine Zufluchtsstätte der heiligen Maria Magdalena** veranstaltet der heilige Vater in Rom ein Lotto-Zwangsanlehen, um dessen Erfindung ihn die gewiegtesten Gründer christlicher und mosaischer Religion beneiden können. Die Diöcesan-Vikariate versenden nämlich an die ihnen unterstehenden Geistlichen mit Nummern versehene, französisch oder italienisch abgefaßte „Quittungen für 1 Franc", und die braven Geistlichen müssen dieselben abnehmen. Um die bittere Pille zu versüßen, heißt es auf diesen Quittungen, daß die eingesendeten Francs als wohlthätige Beiträge für eine Zufluchtsstätte der heiligen Maria Magdalena in Rom zu gelten haben und daß die Quittungen bis zu Ende der Charwoche 1873 aufzubewahren sind, wo dann Se. Heiligkeit Pius IX. 32 Gaben (Gewinne) vertheilen wird. Ob diese Art des Handels mit ausländischen Loospapieren vorsichtig genug eingeleitet ist, um sich dem strafenden Arme der sonst sehr argusäugigen Gefällsbehörde zu entziehen, wird die Finanz-Bezirks-Direktion Königgrätz zu lehren haben, in deren Sprengel, wie die tschechischen Blättern mittheilen, der Unfug zuerst endeckt wurde. In anderen Diöcesan-Vikariaten scheint man behutsamer vorzugehen. Interessant wäre es übrigens, wenn die Looshändler mittheilen wollten, wozu die eingangs genannte heilige Dame einer Zufluchsstätte bedarf.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 27. Januar.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufl. Koch a. Berlin, Bedemann a. Stettin, Kliem a. Hamburg, Muhnberg a. Breslau, Menzel a. Stettin, Grundbuchführer Stumm a. Schrimm, Gutsbes. Janike nebst Fam. a. Cykowo, Pulvermühlbes. Hahnschke a. Ohlberg, Assistenz-Arzt Nommke a. Berlin, die Gutsbes. Nawrocki aus Gudiec, Schlicht aus Schlesien, Reg.-Geometer Kleinlabe a. Danzig, Gen.-Agent Steinfeld a. Berlin, Holzhändler Heßner aus Polen, Oberförster Welgich aus Militsch, Komissar Kuhnberg a. Dt. Krone, Zimmermstr. Deile aus Bromberg, Rentier Hort u. Tocht a. Dresden, Lieut. Streiter aus Berlin, Rittergbs. v. Kulierski a. Dembice, Fabrik. Ventikani a. Kur, Kreis-Schulinsp. Haller a. Kröben.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergbs. v. Robowski u. Frau a. Bieganowo, Jauernik a. Strzecki, Blaß a. Modrze, Kny a. Klieczewo, Bauunternehmer Giese a. Gnesen, Lehrer Weyl a. Frankfurt, Insp. Vogt, Licht u. Eggert a. Tarnowo, Lieut. Krohn a. Berlin, Bezirksfeldwebel Sehr a. Bentschen, Probst Poprowski a. Wronke, Jordan a. Niepruczewo, die Kaufl. Werner u. Punitz a. Gnesen, Basch aus Berlin, Deckert a. Thorn, Poplawski a. Inowraclaw, Kahl a. Stenszewo, Czelinski a. Lubau, Pikhardt a. Gummersbach, Mendelsohn u. Friedmann a. Trzemeszno.

GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Fabrik. Reinke a. Graudenz, Kaufmann Schening a. Berlin, Zimmermstr. Schmidt a. Wollstein, Lehrer Piątkowski a. Ostrowo, Landwirth Waligórski a. Wongrowitz, Gärtner Lange a. Weidenvorwerk, Rentier Enge a. Kosten.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Lippmann a. Waldenburg i. Schl., Guttmann a. Meseritz, Herzfeld u. Guttmann a. Grätz, Gebr. Brann a. Rawicz. Winter a. Konin, Sokolowski u. Türk a. Wreschen, Nawitsch a. Bentschen, Rosenfeld a. Strzalkowo, Kahl jun. a. Stenschewo, Friedländer a. Neutomysl.

Bekanntmachung.

Nachstehende auf der katholischen Pfarre zu Maniewo auszuführende Bauten und zwar:

1) der Neubau eines Probstei-Wohnhauses,
2) der Bau eines massiven Stallgebäudes und
3) die Erbauung einer massiven Kirchenumwährung eines Holzzaunes für das Probstei-Etablissement und die Pflasterung des Wirthschaftshofes

sollen an den Mindestfordernden ausgegeben werden. Sämmtliche Bauten, deren Kosten Fiskus allein zu tragen hat, sind einschließlich der Hand- und Spanndienste, jedoch mit Ausschluß der Kosten des Titels Insgemein, welcher auf Rechnung zum speziellen Nachweise auszuführen ist, wie folgt, veranschlagt:

zu 1 auf 3945 Th. 26 Sgr. 2 Pf.
— 2 auf 1250 — 20 — „ —
und 3 auf 2213 — 6 — „ —

oder überhaupt auf 7409 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf.

Zur Verdingung dieser Bauten habe ich einen Termin auf

Dienstag, den 4. Februar d. J. Vormittags 11 Uhr

in meinem Bureau hierselbst anberaumt, wozu Bauunternehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Kosten-Anschläge nebst Zeichnungen und den Lizitations-Bedingungen ebendaselbst während der Dienststunden eingesehen werden können.

Obornik, den 21. Januar 1873.

Der Königliche Landrath.

Oberschlesische Eisenbahn.

Vom 1. Februar c. ab wird der um 5 Uhr 34 Min. früh von Posen abgehende, um 11 Uhr 9 Min. Vormittags in Inowraclaw eintreffende gemischte Zug erst Abends von Inowraclaw nach Bromberg nach folgendem Fahrplan weitergeführt:

	Stationszeit. Uhr.	Min	
Abf. v. Inowraclaw	6	44	Abds
„ „ Güldenhof .	7	22	„
„ „ Hopfengarten	8	7	„
Ank. in Bromberg .	8	41	Abds

Breslau, den 22. Januar 1873.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heut zufolge Verfügung vom 17. d. Mts unter Nr 143 die Firma:

M. Jablonski in Pleschen,

und als deren Inhaber der Kaufmann **Marcus Jablonski** in Pleschen eingetragen worden.

Pleschen, den 18. Januar 1873.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Anfertigung von neuen Decklagen pro 1873 auf der Posen-Schweriner Staats-Chaussee erforderlichen Chaussirungsmaterialien als

1) 135 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstrecke zwischen Luboßz zu Pinne,
2) 450 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstrecke zwischen Michalowo und Sytkowo,
3) 216 Kbm. Chaussirungssteine, Lieferungsstr. zwischen Jerzyce u. Posen,
4) 85 Kbm. geharfter Kies, Lieferungsstrecke zwischen Michalowo u. Sytkowo,
5) 40 Kbm. geharfter Kies, Lieferungsstrecke zwischen Jerzyce und Posen

soll im Wege öffentlicher Lizitation verdungen werden, und habe ich hierzu auf

Dienstag, d 28. Jan. cr., Mittags 1 Uhr,

einen Termin in meinem Bureau hierselbst angesetzt, zu welchem Lieferungslustige hiermit eingeladen werden.

Samter, den 20. Januar 1873.

Der Kreisbaumeister.
O. Hirt.

Bekanntmachung.

Die Aufnahmescheine der Frauen Dorothea Hartwig, Dorothea Paetz, Julie Weirich, der Herren Alexander Schülke und Wilhelm Margraf sind angeblich verloren gegangen.

Diejenigen, welche an diesen Scheinen ein gesetzliches Anrecht zu haben vermeinen, wollen sich bis zum 1. März c. bei dem Rendanten des Vereins, Herrn Lehrer Greeter, melden und ihre Rechte näher nachweisen.

Nach Ablauf dieser Zeit werden die sub Nr. 327, 743, 1076, 1191 und 1464 ausgestellten Aufnahmescheine für erloschen erklärt und die Duplikate ausgehändigt resp. die Versicherungssummen an die Erben ausgezahlt werden.

Posen, den 27. Januar 1873.

Das Direktorium des Haupt-Beerdigungs-Vereins.
Ernsdorff. Jahnke. Feist.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **V. N. Jerzykiewicz**, früher zu Schroda, sollen die ausstehenden Forderungen im Nominalbetrage von 318 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf meistbietend gegen gleich baare Zahlung öffentlich verkauft werden.

Zu diesem Zwecke ist ein Termin

auf den 5. Febr. 1873, Vormittags 10 Uhr,

in unserem Geschäftslokale vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt, zu welchem Kauflustige hierdurch mit dem Bemerken vorgeladen werden, daß das Verzeichniß der qu. Forderungen in unserem Bureau III. eingesehen werden kann.

Schroda, den 17. Januar 1873.

Königl. Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist bei der den Vorschußverein zu Wronke eingetragene Genossenschaft betreffenden Nr. 1. Col. 4. zufolge Verfügung vom 23 Januar 1873 am 24. Januar 1873 eingetragen:

Die zeitigen Vorstandsmitglieder des Vereins sind nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 12. Dezember 1872:

Der Brauereibesitzer **R. Adam**,
der Posthalter **Ernst Rübke**,
der Kämmerer **Franz Rakowicz**,

sämmtlich zu Wronke.

Samter, den 23 Januar 1873.

Königliches Kreisgericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Ich bin Willens, meine hierorts belegene, aus 215 pr. Morgen guten Acker und Wiesen bestehende Besitzung nebst den besten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden aus freier Hand zu verkaufen. Reflektirende Käufer wollen sich in portofreien Briefen an mich wenden. Anzahlung 5000 Thlr.

Jerzyn, den 25. Januar 1873.

Jeske.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen
am 29. Januar 1873, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

1) Einführung und Verpflichtung des wiedergewählten Stadtverordneten Herrn Kaufmann C. Meyer.
2) Wahl eines besoldeten Stadtrath.
3) Vorbereitung der Wahl eines zweiten besoldeten Stadtraths.
4) Erhöhung des Lohnes für die Straßenfeger Smolski und Galka.
5) Antrag betreffend die Ernennung einer gemischten Kommission in der Angelegenheit der Gehaltssätze der Lehrer, Lehrerinnen und Kastellane der städtischen niederen Schulen pro 1873.
6) Wahl dreier Mitglieder zur Direktion der Gasanstalt und der Wasserwerke.
7) Wahl eines Mitgliedes der Einschätzungs-Kommission für die Veranlagung der klassifizirten Einkommensteuer.
8) Betreff. die Kommission zur Ausarbeitung der neuen Geschäfts-Ordnung der Stadtverordneten-Versammlung.
9) Wahl eines Mitgliedes der Stadtschul-Deputation.
10) Antrag betreff. den Verkauf event. Verpachtung eines Theils der Magistratswiesen am Eichwaldswege.
11) Betreff. die von den Beamten pro 1870, 1871 und 1872 überhobene Kommunal-Einkommensteuer.
12) Miethung eines Ordonnanzgelasses für durchziehende Militair-Kommandos.
13) Besetzung der ersten deutschen Oberlehrerstelle an der hiesigen städtischen Realschule.
14) Persönliche Angelegenheiten.

Pudewitzer Lehrer-Sterbekasse.

Der Aufnahmeschein des verstorbenen Königl. Kreisschulinspektors, Herrn **Anton Baeck**, ist angeblich verloren gegangen. Jeder, der an diesem Scheine irgend ein Anrecht zu haben glaubt wird aufgefordert, sich spätestens bis zum 1. März cr. bei dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Lehrer **Graeter** zu melden und sein Recht näher nachzuweisen, widrigenfalls der qu. Aufnahmeschein als ungültig erachtet und die Versicherungssumme von 100 Thlrn. an die Erben ausgezahlt werden wird.

Posen, den 27. Januar 1873.

Der Vorstand.

Hufnagel & Koppen,
Waaren-Commissions-Geschäft,
Stettin.
Specialität für amerikanische, russische und nordische Producte.

200 Centner
sauber gerichtete **Floßnägel**, 6—14 Zoll lang, offerirt zu $4\frac{1}{2}$ Thlr. p. Ctr.

Heinrich Gross,
Landsberg a. W.

Wegen anderweitiger Berufsgeschäfte des Besitzers ist ein
landtäfliches Gut
in **Mittelgalizien** zu verkaufen. Ausmaß ca. 800 Joch, zur Hälfte Felder, Wiesen und Gärten, zur Hälfte Buchen-, Tannen- und Kieferwald mit schönem schlagbaren Bestand. Das ganze Gut ein Complex, $1\frac{1}{2}$ Stunde von einem floßbaren Flusse. Wohlfeile und reichliche Arbeitskräfte, Provination, eigene Jagd 2c. Fester Preis sammt todten und lebenden Inventar fl. 38,000 öst. W. Anzahlung fl. 20,000. — Eventuell wird auch ein Theilhaber angenommen, der als tüchtiger Landwirth das Gut selbstständig verwalten müßte. Nöthiges Capital fl. 12 000 baar. Anfragen unter Chiffre T. 4786 befördert die Annoncenexpedition von **Rudolf Mosse** in **Wien**

Die in meinem an der Bleichener Chausseestr. belegenen Grundstücke sich befindende Gastwirthschaft, zu welcher ein Saal, 7 Zimmer, Kegelbahn und Stallung gehören, soll zum 1. April d. J. anderweitig verpachtet werden.

Kozmin, im Januar 1873.
J. Schindler.

Pachtung
bald zu cediren. 22 Jahre 700 Morg. Weizenboden mit 92 Morg. Prima-Wiesen. Gebäude reichlich. Chaussee: Polnische Grenze, Landstadt. Pachtsteuer 1000 Thlr, jährlich. — Auskunft ertheilt

von Oven
in Woischnik O./S.

Zur Anlegung einer Fabrik, welche wenig Raum braucht, wird **Dampf-** oder **Wasserkraft** in der Stadt Posen zu pachten gesucht.

Gefällige Offerten beliebe man in der Exped. dies. Ztg. niederzulegen.

200 Fuhren trockenen Bauschutt sind abzugeben Mühlenstr. 11, Parterre rechts.

Dom. Miloslawiec bei Mieszisko hat mehrere Schock 9 Fuß hohe junge Kastanienbäume zu verkaufen.

Wasserheilanstalt Königsbrunn.
Station Königstein, via Dresden. — Fortwährend geöffnet und besucht.

Direktor **Dr. Putzar.**

Tanzunterricht.
Unser Tanz-Cursus beginnt den 28 d. Mts. im Hotel Keller; für Damen um sieben, für Herren um acht Uhr Abends.

Geschwister Eichberg.

Wir suchen für die Raten-Abtheilung der von uns für Nord-Deutschland vertretenen Deutschen Credit-Bank in Frankfurt a/M., geeignete, gut situirte Agenten, bei lohnender Provision.

Die Raten-Abtheilung der Bank, bezweckt die im Deutschen Reiche genehmigten **Anlehns-Prämien-Loose** in monatlichen kleinen Ratenzahlungen, mit voller **Gewinn-Berechtigung** von der ersten Rate an, Jedem zugänglich zu machen. Prospekte, Gewinnlisten und Anleitung werden den Agenturen gratis geliefert.

Die Subdirektion
der Deutschen Credit-Bank
Berlin, unter den Linden 64.

Die Pianoforte-Fabrik von ***C. Kirst*** vormals ***A. Pfeiffer*** in **Glogau** empfiehlt unter fünfjähriger Garantie fest gebaute
Pianinos
mit vollem Ton in Polysander und Nußbaum zur **170 Thlr.**, geschweift in f. f. Maser **180 Thlr.**, franco **Posen.**

Vorwerk Mielęcinek
bei Rakwitz
hat 100 Stück kernfette
Hammel
zu verkaufen.

Sichere Hilfe!
Alle Diejenigen, welche **heimlichen Sünden** oder **Ausschweifungen** ergeben waren, und die nun deren **traurigen Folgen**, namentlich **Zerrüttung** des **Nerven-** u. **Zeugungssystems, Leiden** d. **Harnorgane, Entkräftung, Gedächtnißschwäche** 2c. an sich verspüren, finden **einzig sichere, billige** u. **vollständig discrete Hilfe** und **Schutz** gegen **schamlose Prellereien** durch das Buch:

Dr. Retau's Selbstbewahrung.
Mit 27 pathol.-anatom. Abbildungen
74. Auflage. Preis 1 Thlr.
Vorräthig in jeder Buchhandlung.
in Posen
bei ***J. Jolowicz.***

Ueber **220 000 Expl.** wurden bereits von demselben abgesetzt und in den letzten **vier Jahren** allein verdanken ihm über **15,000 Personen die vollständige Herstellung ihrer geschwächten Manneskraft und dauernde Gesundheit.** Selbst **Regierungen** haben dessen vollständige **Reellität** u. **Nützlichkeit** anerkannt. Verwechsele man dieses Buch nicht mit anscheinend ähnlichen jedoch **schwindelhaften Nachahmungen.**

Kautschuck - Lack
zum Anstrich der Fußböden.

Dieser vorzügliche Oellack, welcher nicht mit Spirituslack oder Fußboden-Glanzlack zu verwechseln ist, trocknet binnen einer Stunde hart, deckt auf rohem Holze nach zweimaligem Aufstrich vollständig, hinterläßt einen schönen Glanz, welcher gegen Nässe steht, und ist seiner Haltbarkeit wegen allen bisherigen Anstrichen vorzuziehen. Preis pro **Pfund 12 Sgr.** Derselbe läßt sich in jeder Farbe herstellen und sind die gangbarsten und beliebtesten Sorten stets vorräthig.

Farbwaaren- und Lackfabrik von
C. F. Dohnike in Berlin.
Zu haben ist mein Fabrikat bei den Herren **J. F. G. Krause** in Kurnik.

13 Ochsen, 14 fette Schweine
stehen auf dem Dominium **Pławce** bei **Wengierskie** zum Verkauf.

Hut- u. Schleifen-Bänder
aller Art, liefert in **Coupons** von beliebiger Größe weit unter Fabrikpreis
die Seidenmanufaktur
von
Julius Bau
in Mühlheim a. Rhein.

Die zurückgebliebenen Winter-Costüme verkaufe zu sehr herabgesetzten Preisen.
J. Slomowska,
Wilhelmsstr. 24.

gegen Catarrhe, Verschleimung, Halsweh etc.,
Kissinger Pastillen
gegen Verdauungsbeschwächung, Bleichsucht, Blutleere,
Friedrichshaller Pastillen
gegen Magensäure, Aufstossen, Verstopfung,
Krankenheiler Pastillen
gegen Scropheln, Haut- und Drüsen-Krankh.,
in plombirten Schachteln und Flacons mit Gebrauchs Anweisung à 30 Kr. = $8\frac{1}{2}$ Sgr, nur echt auf Lager in Posen in ***Elsner***'s Apotheke und bei Apoth. ***Kirschstein***, in Nakel bei Apoth. ***Weise***, in Rawicz b. ***M. O. Riemschneider***, in Uscz in der Apotheke.

Eine **Milchpacht** wird gegen Stellung von **Kaution** gesucht. Annahme Posen oder Bahnhof.

Gefl. Offerten werden unter R. R. 100 in der Exped. der Pos. Ztg. erbeten.

Als geübte **Friseurin** empfiehlt sich **Ottilie Mannthei**, Kl. Gerberstr. 13 bei Frau Jahns.

Eine neue Gartenlaube ist sofort zu verkaufen Berlinerstr. 15c.

Große Virginische Cigaretten. Fein Arom! Amerik. Tab. a Mille 5, 6, 7 und 8 Thlr. ¾ Stund. brennend, billiger als Cigarren; türk. 15 u. 20 Thlr. Prob. vers. geg. Nachnah. in $\frac{1}{10}$ **Franz Feichtmayer** in Danzig.

Panacee-Einspritzung bewährt, weltberühmt u. v. Autorität anerkannt, welche schmerzlos und ohne nachtheilige Folgen jeden Ausfluss, auch in den hartnäckigsten Fällen sehr gründlich und sicher in kürzester Zeit beseitigt, worüber zahlreiche Anerkennungen, versenden à Flasche 1 Thlr. Gebr. Kobligk, Droguerie, Jauer i. Schles. — Erfolg wird garantirt ev. Geld zurückgezahlt.

4 Zimmer, Entree, Küche und Zubehör sind zum 1. April und eine Remise hof. bei **Machol** zu vermiethen.
Gr. Gerberstraße 36.

Kleine Ritterstraße 9 sind vom 1. Februar cr. 2 möbl. Zimmer zu vermiethen, von 12 — 2 Uhr Mittags zu besichtigen.

Ein im Polizeifache vollständig ausgebildeter, der polnischen Sprache mächtiger **Bureau-Gehilfe** mit guter Handschrift findet bald oder vom 1. März ein Unterkommen beim Distrikts-Kommissarius

Müller
in Krotoschin.

Ein Rechnungsführer,
Deutscher, der die Hofverwaltung mit übernimmt, findet **sofort oder zum 1. Apr.** cr. Stellung. Gehalt nach Uebereinkunft. Offerten, denen Abschrift der Zeugnisse beizufügen, sind zu richten an das Dominium **Muchoczyn** bei **Birnbaum.**

Eine Wirthin, die mit der Milchwirthschaft vertraut und die Küche versteht wird zum 1. April d. J. gesucht. Gehalt nach Abkommen. Das Nähere in der Exped. d. Blattes.

Auf einem Dominium in der Nähe von Schroda wird zum 1. April ein deutscher Beamter, der poln. Sprache vollkommen mächtig, gesucht. Bewerber wollen sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse unter Chiffre **H. G. 3.** an die Exped. d. Ztg. wenden.

Ein tüchtiger Torfmeister, der im Stande ist die Leitung eines größeren Torfstiches zu übernehmen, kann sich melden bei

H. Senftleben
in Schrimm.

Ein bescheidenes anständiges Mädchen, im Kochen und Wirthschaft nicht ganz unerfahren, wird von mir zur Unterstützung der Hausfrau gesucht.

Wilczyn bei Duszník.
W. Berndt.

Einen Lehrling
sucht zum sofortigen Antritt
L. Kunkel.

Gesucht
für ein süddeutsches **Teppich-** u **Manufaktur-Waaren-Detail-Geschäft** ein erfahrener **Buchhalter** u. **Verkäufer**, der in der Lage selbständig und als **Disponent** den **Prinzipal** in Abwesenheit zu vertreten. Gehalt 1000 bis 1500 Thlr. Näheres auf Offerten unter ***C. H. 82.*** durch die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in **Berlin.**

Ein Lehrling,
der die Destillation erlernen will, wird zum sofortigen Antritt gesucht.

N. Neufliess,
Fraustadt.

Ordentl. Hausknechte, Aufwärterinnen und andere Mädchen zum sofort. Engagiren b. Vermiethsfrau ***Wischanowska***, Graben 31.

Circus Salamoński
auf dem Kanonenplatz.
Dienstag den 28. Januar 1873, Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr:
Erste große
Parforce-Vorstellung,
bestehend aus 24 hintereinander laufenden Nummern.
Alles Uebrige besagen die Anschlage- und Austragezettel.

A. Salamoński,
Director.

In unserem Verlage ist erschienen:
Comtoir-Wand-Kalender für 1873.
Im Dutzend 24 Sgr., einzeln $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Posen.
Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel).

Loose
der
Deutschen Lotterie
zur Gründung der **Friedrich-Wilhelm-Siftung**, sind, a 1 Thlr., in der **Exped. der Posener Zeitung** zu haben.

Ein **Laufbursche** wird gesucht von **Joseph Jolowicz**, Markt 74.

Ein Sohn rechtschaffenen Eltern kann sich sofort als Kelnerlehrling melden Hotel de Berlin.

Vom 1. Februar d. J. suche ich Bedienungsstellen. M. Andrzjewska, Posen Wallischei Nr. 95 im Hofe parterre.

Ein erster Wirthschaftsbeamter, evg., der deutschen und polnischen Sprache mächtig, noch in Stellung, dem gute Atteste und Empfehlungen zur Seite stehen, sucht zum 1. März resp. April Stellung. Gefällige Offerten bitte unter **K. H.** an die Expedition der Posener Zeitung zu richten.

Ein Kunstgärtner, verheirathet, kinderlos, militärfrei, in allen Fächern der Gärtnerkunst ausgebildet u. erfahren sucht sofort oder vom 1. April cr. ein entsprechendes Engagement. — Auskunft ertheilt auf frank. Anfr. der Postbeamte Rydlewski, Posen, Alter Markt Nr. 88

Ein junges Mädchen deutscher anständiger Familie, evangelisch, aus einer Provinzialstadt, welches freundlich mit Kindern zu verkehren versteht und mit den feinen weiblichen Handarbeiten Bescheid weiß, auch als Stütze der Hausfrau in der Wirthschaft dienen kann sucht bald oder vom 1. April ab eine Stelle in der Stadt oder auf dem Lande. Adressen werden franko erbeten: **S. N.** poste rest. **Poln. Lissa.**

Ein Kunstgärtner,
Zögling des Fürsten Pückler-Muskau durch Ausbildung in großen Etablissements des In- und Auslandes, firm in allen Branchen seines Faches von kompetenter Seite empfohlen **sucht bald** oder später eine **dauernde Stellung.** Geneigte Offerten für denselben werden unter Adr. **Obergärtner Groß** in **Gr. Bresa** bei **D. Lissa** erbeten.

Ein junger Oekonom,
29 Jahre alt, verh., ohne Familie, seit 11 Jahren b. Fach, die letzten 3 Jahr schon Oberbeamter, mit Brennerei, Polizeiverwaltung, Buchführung vollkommen vertraut, prakt. u. theor. ausgeb. u. mit den b. Zeugnissen vers., sucht dauernde, gute Stellung als Oekonomie-Direktor oder selbständiger Wirthschafts-Inspektor für Term. Ostern u. Johanni c. Gefl. Off. sub ***R.*** **3192** bef. d. Annonc.-Exped. v. **Rudolf Mosse** in Breslau

Eine erfahrene Wirthin, 34 Jahr alt, einzeln stehende Person, mit guten Zeugnissen versehen, sucht eine Stelle. Näheres bei Badzinski in Samter.

Wer es mit der Turnsache redlich meint, erscheine **heut** ½ 8 Uhr bei ***Schwersenz.***

Mehrere Turner.

Verein junger Kaufleute.
Dienstag, den 28. d. M., Abends 8 Uhr,
Vortrag des Herrn Dr. **Theile:**
Ueber den Geschmack.

Billets hierzu für Herren und Damen verabfolgt unser Kassirer Herr W. Brandt, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Vorstand.

Im Interesse des Publikums wird Herr Direktor Salamonski ersucht, die Pausen auszudehnen, da die Besucher nicht im Stande sind den Cirkus auf Minuten zu verlassen ohne die Vorstellung zu versäumen.

Einer für Viele.

M. 29. I A. 7. J. I

Der Bromberger Verein zur Unterstützung von Landwirthschafts-Beamten wird am **Sonntag, den 16. Februar cr.**, Nachmittags 3 Uhr, im **Bast**'schen Lokal in Inowraclaw eine **Kreis-Versammlung** abhalten, zu welcher sämmtliche Mitglieder des Vereins hiermit eingeladen werden.

Inowraclaw, 25. Januar 1872.

Der Vorstand
des Kreis-Vereins.
A. Noebel.

Vorlesung
zum Besten d. Diakonissen-Hauses
in der Aula der Realschule.
Dienstag, den 28. Januar,
Abends 6 Uhr.
Herr Diakonus **Goebel:**
„Ein Ahnherr unseres Kaisers“

Eintrittskarten sind in den Buchhandlungen der Herren **Heine** am Markt, **Rehfeld** am Wilhelmsplatz und Abends am Eingang der Aula zu haben.

Familien-Nachrichten.

Heut früh gegen 5 Uhr wurde meine liebe Frau **Anna** geb. **Benzke** von einem kräftigen Jungen glücklich entbunden.

Posen, den 27. Januar 1873.
Emil Röstel.

Volksgarten-Theater.
Heute Montag: Extra-Vorstellung.
(Ohne Tabaksrauch.)
Zum Benefiz für den Regisseur und Gesangskomiker Herrn **Charles Nerges.** Zum ersten Male: Der gerade Weg ist der beste. Ein berliner Hauswirth (Herr Nerges). Ja so klassisch nicht wie wir (Frau Katz). Zum ersten Male: Lucca und Wachtel oder Kunst und Natur (Frl. Werkenthin, Herr Nerges). Zum ersten Male: Wer die Wahl hat, hat die Qual oder der Heirathskandidat, Genrebild mit Gesang in 1 Akt.

Zu den Benefiz-Vorstellungen werden besondere Tagesbillets verkauft und haben auch nur diese Gültigkeit.

II. Sinfonie-Soirée
im
Bazar-Saale.
Mittwoch, d. 29. Januar 1873,
Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr.
Mendelssohn-Soirée
a, Ouverture z. Hebriden.
b, Sinfonie in A-dur Nr. 4.
c, Ouverture z. Sommernachtstraum.

Billets zu nummerirten Sitzplätzen à 20 Sgr. sind nur zu hab. in d. **Hof-, Buch-** u. **Musikalienhandlung** von
Ed. Bote. & G. Bock.
W. Appold.

Er lebt immer noch!
Heute Abend **frische Flaki.**
A. Kaulbach,
Friedrichsstr. 31.

Morgen Abend **Eisbeine** bei
Leo Gertig.

Die **Wahrsagerin** wohnt Keiler's Hotel zum Englischen Hof Zimmer Nr. 15 nur noch einige Tage.

Börsen-Telegramme.

Börse zu Posen
am 27. Januar 1873

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 94 G., do. 4% neue do. 90⅞ bz., do. Rentenbr. 93 B., do. Provinz.-Bankaktien 112½ B., do 5proz. Provinz.-Obligat. 100½ bz, do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G. do 4½% Kreis-Oblig. 92⅞ G, do. 4% Stadtobl II Em. 90½ bz. do. 5% Stadt-Oblig. 100½ B preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch 89⅝ G. preuß. 4proz Staatsanl. 95¾ G, 4½-proz freiw do. 103¾ G., do. 3½proz Präm.-Anl. 125 B., Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm Aktien 62⅞ bz, russische Banknoten 82⅝ bz. ausländische do. 99⅜ G. Tellus Aktien (Bninski, Chlapowski, Plater & Co.) 112¾ bz, Ostd Bank 100¾ bz, Ostd. Produkt.-Bank 85 G, Provz.-Wechs.- u. Disk.-Bank 97 G., Aktien Kwilecki, Potocki & Co 94 B., poln. 4proz. Liquidationsbriefe 65½ B.

Privat-Cours-Bericht.

Posen 27 Januar. **Tendenz:** Lebhaft und höher.

Deutsche Fonds	
Posen. 3½proz. Pfandbr.	93 B
dito 4proz. Pfandbr.	90⅞ G
dito 4proz. Rentenbr.	92¾ B
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½ bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100 bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91 B
dito 4proz. Stadtoblg.	88½ G
dito 5proz. Stadtobl.	100 bz
Nordd. Bundesanl.	— —
Preuß. 4½proz. Konsols	— —
dito 4proz. Anleihe	— —
dito 3½proz. Staatssch.	89½ G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	— —

Ausländische Fonds.	
Amer. 6proz. 1882 Bonds	— —
dito dito 1885 Bonds	— —
Oesterr. Papier-Rente	61¾ B
dito Silberrente	65¾ B
dito Loose von 1860	96½ G
Italienische Rente	64¾ B
Russisch-engl. 1870er Anl.	— —
dito dito 1871er Anl.	— —
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91 B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	— —
Türk. 1865 5proz. Anl.	52 G
dito 1869 6proz. Anl.	63½ G
Türkische Loose	176½ B
Russische Noten	82½ B
Oesterreichische Noten	92 G

Bank-Aktien.	
Berliner Bankverein	— —
dito Bank	— —
dito Produkten-Handbk.	— —
dito Wechsler-Bank	61 G
Breslauer Diskontobank	119¾ G
Berliner Disk.-Kommd.	— —
Central-Genoss.-Bank	— —
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	— —
Centralb. f. Ind. u. Hand	109½ G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	— —
Meininger Kreditbank	— —
Oesterr. Kredit	204½ B
Ostdeutsche Bank	100¾ bz
Ostd. Produktenbank	83½ bz
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	— —
Pos. Provinzial-Bank	111 G
Pos. Bau-Bank	— —
Schles. Bankverein	159 G
Tellus-Aktien	— —
Preuß. Kredit	141½ G
dito Bodenkredit	175 G

Eisenbahn-Aktien.	
Aachen-Mastricht	— —
Bergisch-Märkische	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	— —
Böhmische Westbahn	110¾ B
Brest Grajewo	— —
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	— —
Köln-Mindener	165½ B
Galizier (Carl-Ludwb.)	105½ B
Halle-Sorau-Guben	65½ G
dito Stammprior.	— —
Hannover-Altenbecken	—
Kronprinz-Rudolphsb.	78½ G
Lüttich-Limburg	— —
Märkisch-Pos. St.-Akt.	63-62¾ bz
dito Stamm-Prior.	85 G
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—
Oestr.-Franz. Staatsb.	204½ bz
Oesterr. Südb. (Lomb.)	— —
ultimo	116¾ bz
Ostpreuß. Südbahn	— —
Rechte Oderuferbahn	— —
Reichenberg-Pardubitz	— —
Rhein-Nahe	44½ G
Schweizer Union	28½ B
dito Westbahn	53¾ G
Stargard-Posen	100 B
Rumänische	44 G
Berlin-Dresden Stamm	—

Industrie-Aktien	
Marienhütte	— —
Redenhütte	—
Berl. Holzkomptoir	106¾ B
Berl. Viehhof	—
Hoffmann Waggonfabr.	— —
Lauchhammer	114 G
Pos. Bierbrauerei	100 G
Immobilien	116 bz

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53¾. pr Jan 53¾, Januar-Februar 53¾, Febr.-März 54 März April —, Frühjahr 54⅝, April-Mai 54⅝ Mai-Juni —.

Spiritus (mit Faß) (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis 17⅝. Gekündigt 10 000 Liter. pr. Januar 17⅝, Februar 17¹¹/₂₄, März 17¹⁹/₂₄ – ⅞, April 17¹¹/₁₂, Mai 18⅛, Juni 18⅕ ⅛.

[**Privatbericht.**] **Wetter:** Frost. **Roggen** (pr 1000 Kilogr) geschäftslos Kündigungspreis 53¾. pr. Januar 53¾ nom., Jan-Febr. do. Febr. März 54 B. Frühjahr 54¾ B., April-Mai do., Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) matter. Kündigungspreis 17⅝. Gekündigt 10 000 Liter. per Jan. 17⅓ G. Februar 17½ bz. u. G., März 17¾ bz u. B. April 18 B., April-Mai 18½—18⅛ bz. u. B., Mai 18¼ B., Juni 18½ G. Juli 18⅝ bz. u. B.

Posener Marktbericht vom 27. Januar 1873.

		Preis.								
		Höchster			Mittlerer			Niedrigster		
		Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.	Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen fein,	per 42 Kilogr.	3	18	—	3	11	3	3	10	—
„ mittel	„ „	3	5	—	3	4	—	3	2	6
„ ordinär	„ „	3	1	3	3	—	—	2	26	3
Roggen, fein	40 „	2	7	6	2	6	3	2	5	—
„ mittel	„ „	2	4	—	2	3	—	2	2	6
„ ordinär	„ „	2	2	—	2	1		2	—	—
Große Gerste	37 „	1	26	3	1	22	6	1	20	—
Kleine „	„ „	1	25	—	1	21	3	1	20	—
Hafer	25 „	1	5	—	1	1	6	—	29	6
Kocherbsen	45 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winter-Rübsen	37 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Raps	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen,	35 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	50 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wicken	45 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lupinen, gelbe	45 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ blaue	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rother Klee	50 „	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißer	„ „	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Posener Privat-Marktbericht vom 26. Januar 1873.

Weizen: niedriger.	p. 1050 Kil	feiner	88—96 Thlr.
		mittel	83—86 „
		ordinär und defekt	75—80 „
Roggen: matter.	p. 1000	feiner	56—57 „
		mittel	54—55 „
		ordinär	52—53 „
Gerste: beachtet	p. 925	feine	46—47 „
		mittel und ordinär	42—43 „
Leinsaamen: unverändert.	p. 925		75—82 „
Hafer: flau.	p. 625	feiner	27½—28½ „
		mittel und defekt	25—26½ „
Erbsen: ruhiger	p. 1125	Koch-	53—55 „
		Futter-	48—50 „
Oelsaaten	p. 1000	Raps	
		Rübsen	
Wicken: offerirt	p. 1125		43—45 „
Klee:	p. 50	roth	
		weiß	
Buchweizen: beachtet.	p. 875		46—49 „
Lupinen:		gelbe	
		blaue	

feinste Waare über Notiz.

Breslau, 25. Januar. Stilles Geschäft bei etwas niedrigeren Kursen kennzeichnete die heutige Börse. Es trat kein Papier durch Lebhaftigkeit der Umsätze hervor und wurden die stattgehabten Umsätze wohl meist durch die Nähe der Ultimo-Liquidation hervorgerufen. Jede selbstständige Thätigkeit der Spekulation fehlte. Franzosen angeboten, da die Minder-Einnahme 77,000 Florins betragen soll. Der Schluß der Börse war bei unveränderten Kursen leblos. Geld sehr flüssig. Kredit 203½, ¼ a ⅜ bez. Februar 203¾ bezahlt. Lombarden-Kassa und Februar 116 bz. Franzosen 204 bez, Banken wenig verändert, Eisenbahnen umsatzlos. Fonds fest. Von Industrie-Effekten nur Laura belebt, 244½ a 244 bez. u. Br. per Februar 245 a 244½ bez. Nachbörse unverändert. Wiener und Berliner Kurse bekannt. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97 Br. Schles.-Bod. Krd.-Akt.-Bank 105 Gd.

≏ **Berlin,** 25. Jan. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Eine Tendenz verfolgte die Börse in dieser Woche mit Konsequenz und das war die Wankelmüthigkeit. Man kann nicht sagen, daß sie geschwankt hätte zwischen Hausse und Baisse, denn dazu war das Geschäft zu gering und die Kursvariationen zu klein; aber der festen Stimmung des einen Tages folgte sicher am folgenden Tage eine matte Haltung, die meist nur aus Laune entsprang und durch keine äußeren Umstände motivirt waren. Schon der Montag zeigte sich mit allen sonst bestimmenden Motiven im Widerspruch; die Preuß. Bank hatte den Diskont zwar herabgesetzt, war aber dabei nicht so ganz den Wünschen der Börse entgegengekommen, da diese erwartet hatte, die Diskont-Ermäßigung werde ein volles Prozent betragen, während sich dieselbe nur auf ½ pCt. belief. Zwar war die Herabsetzung als mit Bestimmtheit vorauszusehen bereits am Sonnabend eskomptirt, dennoch dürfte der Fall wenig dazu angethan gewesen zu sein, hieraus eine Verstimmung hervorgehen zu lassen, die selbst die an jenem Tage recht günstigen Kursdepeschen aus Wien nicht gehoben werden konnte. Die Kontremine hatte bei dem äußerst geringen Geschäft leichtes Spiel, ungünstige Nachrichten zu vergrößern oder sogar willkürlich zu erfinden. Ueber den Gesundheitszustand unseres Kronprinzen wurden beunruhigende Mittheilungen ausgestreut, einigen Artikeln der „Times“ über die zentralasiatische Frage schenkte man besondere Wichtigkeit, und es hatte nicht mehr viel gefehlt und die angeregte Jobberphantasie würde von wer weiß wie furchtbaren russischen und englischen Heeresrüstungen geträumt haben. Zum Glück dauert die Börsenzeit nur immer 2 Stunden und die Nacht zwischen dem nächsten Geschäftstage kühlt auch die Kriegsgelüste unserer Börsenspekulanten ab oder bringt doch die Ruhigeren zur Raison. Aber im Verlauf der ganzen Woche mit Ausnahme des heutigen Tages konnte das Geschäft doch keinen recht festen Charakter gewinnen. Die Ermäßigung der Bankrate in London wurde schweigend hier aufgenommen und der ungeahnten Geldfülle, die aus Wien gemeldet wird, traut man nicht so ganz. Bei der Leichtlebigkeit der Wiener kann mit einem Schlage der jetzige Ueberfluß sich in Mangel verwandeln.

An unserer Börse blieben die Umsätze äußerst beschränkt und gewannen nur in einigen Industriewerthen einigermaßen belangreichen Umfang. Die Abundanz des Geldmarktes nimmt immer mehr zu und ist Geld auf tägliche Kündigung kaum zu 2 pCt unterzubringen. Im Engagement bleiben für Reportzwecke beliebige Summen sehr leicht zu 5½ a 6 pCt. erhältlich. Bei diesen überaus günstigen Geldverhältnissen ist die Erwartung gerechtfertigt, daß die Liquidation diesmal eine der leichtesten werden wird. Die Kontremine sieht sich angesichts dessen zu Deckungen veranlaßt und thut so auch das Ihrige, die Stimmung zu verbessern.

Wenn wir die Haltung der Börse schwankend genannt haben, so bezieht sich dies in erster Linie auf die Spekulationswerthe, die unter verschiedenem Einfluß standen; Lombarden und österreichische Kreditaktien lagen zu Hausse geneigt, die günstigen Einnahmen der ersteren und das allerdings verfrühte Gerücht, die Kreditanstalt werde 22 Fl Dividende vertheilen, wirkten hierfür bestimmen. Von Franzosen schreibt sich indeß eine kontinuirliche Verstimmung her. Schon die vorwöchentliche Einnahme befriedigt nicht, die heut publizirte that dies aber noch weniger. Während gestern noch die diesmalige Wocheneinnahme günstig und mit einem Plus gegen die entsprechende Woche des Vorjahres geschätzt wurde, zeigt das heut offiziell bekanntgemachte Ergebniß wiederum ein nicht ganz unbedeutendes Minus. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkte blieb die Stimmung durchaus lustlos, geringe Kursavancen wurden durch die Geringfügigkeit der Umsätze geradezu illusorisch und einige kleine Bahnen gaben geradezu nach. Eine rühmliche Ausnahme machte die ostpreuß. Südbahn, für die sich gute Kauflust zeigte. Von Seiten der Verwaltung der ostpreuß. Südbahn sind vor Kurzem Verhandlungen mit mehreren Russ. Eisenbahn-Verwaltungen angeknüpft worden, welche die Einrichtung eines direkten Güterverkehrs aus dem Innern Rußlands nach den Linien der Ostpreuß. Südbahn zum Zweck haben. Wie uns mitgetheilt wird, glaubt man auch hierzu die Genehmigung des Russ. Gouvernements zu erhalten und würde der Verkehr dieser sonst in ihrer Entwicklung etwas zurückgebliebenen Bahn im hohen Grade dadurch gewinnen. Die Bahnverwaltung bemüht sich auch in anderer Weise die Erträgnisse für die Aktionäre zu steigern; ein unangenehmes Gegengewicht bilden zur Zeit noch die aus den jetzigen Ueberschüssen nachzuzahlenden Zinsen früherer Jahre auf die Prioritätsaktien, es liegt nur im Werke diesen Ansprüchen durch eine neuaufzunehmende Prioritätsanleihe gerecht zu werden. Die Entwicklung der Bahn trägt die Zinsen einer hohen Anleihe vollständig und es würden daher die laufenden Ueberschüsse den zeitigen Aktionären zu Gute kommen können.

In- und ausländische Staatspapiere waren fest, doch nur in geringem Verkehr, so daß auch die Kurse derselben nur wenig Veränderungen unterworfen waren. Bankaktien zogen etwas an, aber das Geschäft in denselben gewann wenig Bedeutung. Belebter, wenn auch nur in einzelnen Devisen, namentlich in Montanaktien gestaltete sich der Verkehr in Industriepapieren.

Produkten-Börse.

Magdeburg, 25 Januar. Weizen 76—80 Rt., Roggen 59—61 Rt, Gerste 58—76 Rt., Hafer 45—50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-Z.)

Königsberg, 25. Januar. (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko unverändert, hochbunter 81—87 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75—82 Rt. B. — Roggen still, loko inländischer 47—52 Rt. B., loko russ. 45—50 B., pro Frühjahr 52 B., 51 G., Mai Juni 52 B. 51 G. — Gerste loko große 42—50 Rt. B., kleine 42—49 B. — Hafer flau, loko 33—40 Rt. B., pr. Frühjahr 42 B., 41 G — Erbsen loko weiße 43—46 Rt B., graue 42—60 B., grüne 42—48 B — Bohnen loko 40—46 Rt B. — Wicken loko 30—40 Rt. B. — Leinsaat flau loko feine 78—90 Rt. B., mittel 65—78 Rt B., ordinäre 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 90—100 Rt. B. — Kleesaat, loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße — B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd 18—20 Rt. B — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 11½ Rt B — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 12½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd 2½—2⅝ Rt. B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. 2½—2⅝ Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 18 $\frac{7}{12}$ Rt. B., 18½ G., Jan. ohne Faß 18½ B., 18⅓ G., Frühjahr do. 19½ B., 18⅞ G., März do. 18½ G, — B., Mai-Juni do. 19½ G, Juli-August do. 20 B, 19¾ Rt. G. (K. H. Z.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 25 Januar.]
Offiziell gekündigt 1000 Ctr. Roggen.

Kleesaat, rothe, unverändert, ordinär 11½—12½, mittel 12½—13½, fein 14½—15½, hochfein 15½—16⅝ Rt. — **Kleesaat,** weiße, matt, ordinär 12—14, mittel 16—17½, fein 18—20, hochfein 20½—22 Rt. — **Roggen** (p. 000 Kilo) matt, pr Jan. 57½ B, ⅜ G, April-Mai 57 bz., Mai-Juni 57½ B., Juni-Juli 57½ B. — **Weizen** per 1000 Kilo per Jan 85 B — **Gerste** per 1000 Kil per Jan. 52 G. — **Hafer** per 1000 Kilo per Jan 42 G. April-Mai 44½ B. — **Raps** per 1000 Kilo per Jan 103 G. — **Rüböl** still, per 100 Kilogr. loko 22⅝ B., pr. Jan 22½ B. neue Usance 23 $\frac{1}{12}$ B., Jan.-Febr 22½ B. neue Usance 23 $\frac{1}{12}$ B. Febr.-März 22½ B. neue Usance 23¼ B., April-Mai 22⅞ B., neue Usance 23⅜ B., Mai-Juni 24 B, Sept.-Okt. 24½ B. — **Spiritus** wenig verändert, pr 100 Liter loko 17⅝ B, ½ G., per Jan. u. Jan.-Febr 17⅝ G u. B., April-Mai 18¼ ⅛ bz., $\frac{1}{12}$ G. — **Zink** ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 25 Januar (Landmarkt.)

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput.	In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms. feine			mittle			ord. Waare.		
Weizen w.	9	—	—	8	7	—	6	28	—
do. g.	8	12	—	7	28	—	6	22	—
Roggen	6	3	—	5	27	—	5	13	—
Gerste	5	12	—	5	8	—	4	24	—
Hafer neu	4	12	—	4	6	—	4	4	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Festsetzg. der Handelsk.-Kommission. Per 100 Kilogramm	feine Thl.	Sgr.	Pf.	mittle Thl.	Sgr.	Pf.	ord. Waare. Thl.	Sgr.	Pf.
Raps	10	2	6	9	17	6	9	2	6
Winterrübsen	9	10	—	8	25	—	8	2	6
Sommerrübsen	9	10	—	8	15	—	7	15	—
Dotter	8	15		7	22	6	6	27	6
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 25. Januar. Wetter: klar. Morgens 1° +, Mittags 2° +. Weizen 125—128pfd. 78—83 Thlr. 129—131pfd. 84—85 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — Roggen 120—122pfd. 52—53 Thlr. pr 1000 Kilogramm. — Erbsen nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — Spiritus 17 $\frac{7}{12}$ Thlr pr. 100 Liter a 100%. (Bromb. Ztg.)

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.